

# Finanzen und Wirtschaftspolitik

## Allgemeine Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten; Abgaben

Um dem Gemeinderat als Grundlage für Entscheidungen, die zu treffen sind, künftig einen Überblick darüber zu geben, mit welchen budgetären Entwicklungen in den kommenden Jahren auf der Basis des Voranschlages 1985 voraussichtlich zu rechnen sein wird, wurde gleichzeitig mit dem Voranschlagsentwurf der fünfjährige Finanz- und Investitionsplan 1985 — 1989 vorgelegt, der in seinem ersten Teil, basierend auf der Annahme eines durchschnittlichen jährlichen Wirtschaftswachstums von nominell 6,5 Prozent, eine Schätzung der Einnahmen und der Ausgaben, die zu erwarten sind, ohne Investitionen enthält. Die Differenz stellt eine wichtige Kenngröße für die strukturelle Entwicklung des Wiener Haushaltes dar und zeigt auf, welcher Betrag voraussichtlich für den Haushalt für Investitionen bereitgestellt werden kann. Dieser Rahmen für Investitionen beträgt für 1985 4.373 Millionen Schilling, steigt 1986 auf 4.842 Millionen Schilling an, geht dann jedoch kontinuierlich auf 3.383 Millionen Schilling zurück. Gegenüber dem Finanz- und Investitionsplan 1984 — 1988 bedeutet das eine deutliche Verbesserung, die auf die Mehreinnahmen im Rahmen des neuen Finanzausgleiches, aber auch auf eine Reduktion des Ausgabenzuwachses durch strengen Budgetvollzug zurückzuführen ist. Diese Verbesserung reicht jedoch noch nicht aus, um den Trend zu stoppen, daß sich die Ausgaben mittelfristig stärker entwickeln als die Einnahmen, so daß eine dauerhafte Konsolidierung herbeigeführt werden kann. Aufgabe der Finanz- und Budgetpolitik wird es daher weiterhin sein, der Gewinnung eines größeren Handlungsspielraumes besondere Priorität einzuräumen, wobei besonders Bedacht darauf genommen werden wird, die weitere Entwicklung auf der Ausgabenseite in den Griff zu bekommen. Die Notwendigkeit eines größeren Handlungsspielraumes zeigt sich auch im zweiten Teil des Finanz- und Investitionsplanes, der Investitionsübersicht, die zum Ausdruck bringt, daß allein die von den Dienststellen angemeldeten Erfordernisse, die sich aus der Fortsetzung bereits bewilligter Vorhaben ergeben, selbst unter der Annahme einer kontinuierlichen Fremdmittelaufnahme von jährlich 3,5 Milliarden Schilling schon erheblich über dem Rahmen für Investitionen liegen.

Am 18. September 1984 konnte nach längeren Verhandlungen zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden eine grundsätzliche Einigung über ein neues Finanzausgleichsgesetz erzielt werden, das für die Jahre 1985 — 1988 Geltung haben soll. Der Finanzausgleich, der die finanziellen Beziehungen der Gebietskörperschaften untereinander und vor allem die Aufteilung der gemeinschaftlichen Bundesabgaben regelt, auf die fast zwei Drittel des gesamten Abgabenertrages in Österreich entfallen, ist auch für die Stadt Wien von eminenter finanzieller Bedeutung, da rund die Hälfte ihrer Einnahmen auf finanzausgleichsrechtlichen Bestimmungen beruht.

Das Finanzausgleichsgesetz 1985 brachte gegenüber dem Finanzausgleichsgesetz 1979 besonders den Gemeinden eine finanzielle Besserstellung, die auf Basis 1983 mit 1.540 Millionen Schilling beziffert werden kann. Da auch den Ländern (einschließlich Wien als Land) ein Mehr von 660 Millionen Schilling zugestanden wurde, ergibt sich durch den neuen Finanzausgleich für den Bund ein Minus von insgesamt 2.200 Millionen Schilling.

Die bedeutendsten Änderungen sind:

1. Die von den Gemeinden (ohne Wien) an das jeweilige Land zu entrichtende Landesumlage wird von 10,5 auf 8,3 Prozent der Gemeindeertragsanteile gesenkt. Dieser Ausfall wird den Ländern durch erhöhte Anteile an der veranlagten Einkommensteuer, der Lohnsteuer und der Umsatzsteuer abgegolten, wobei auch Wien als Land entsprechend beteiligt wird.
2. Der Vorzugsanteil von Burgenland, Niederösterreich und Steiermark bei der Mineralölsteuer entfällt. Dies bewirkt unter anderem einen höheren Anteil von Wien als Land.
3. Die Pauschalabgeltung, die die Länder für ihre Tätigkeit im Bereich der Verwaltung des Bundesvermögens erhalten, wird beim Bundesstraßenbau von 7 auf 10 Prozent und beim Bundeshochbau von 9 auf 12 Prozent des Bau- und Erhaltungsaufwandes erhöht.
4. Beim sogenannten abgestuften Bevölkerungsschlüssel wird für Gemeinden bis 1.000 Einwohner der Vervielfacher von  $1\frac{1}{16}$  auf  $1\frac{1}{3}$  angehoben, was für sie eine nicht unbedeutende finanzielle Verbesserung zu Lasten aller übrigen Gemeinden (darunter auch Wien) bedeutet, da dieser abgestufte Bevölkerungsschlüssel bei der Zuteilung der Gemeindeertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben eine überragende Rolle spielt.
5. Die vom Bund gewährten Finanzzuweisungen und Zweckzuschüsse werden um durchschnittlich 40 Prozent angehoben.
6. Zur Verbesserung ihrer Ertragslage erhalten die Gemeinden (einschließlich Wien als Gemeinde) eine Finanzzuweisung in Höhe von 1,4 Prozent der Gemeindeertragsanteile.
7. Die Einnahmeverluste durch den stufenweisen Wegfall der Gewerbesteuer vom Gewerbekapital werden den Gemeinden durch eine Anhebung des Hebesatzes der Gewerbesteuer zu Lasten der Bundesgewerbesteuer abgegolten.

Das Plus von Wien aus diesen Maßnahmen beläuft sich auf rund 475 Millionen Schilling, wovon 350 Millionen Schilling auf echte Mehreinnahmen und 125 Millionen Schilling auf die Abgeltung der Einnahmehäufungen bei der Gewerbesteuer entfallen. Auf der Basis 1985 ist mit Mehreinnahmen von rund 400 Millionen Schilling zu rechnen, die im Voranschlag für dieses Jahr bereits berücksichtigt sind.

Nach langwierigen Verhandlungen gelang es, die vertraglichen Voraussetzungen für die Einführung des Verkehrsverbundes Ostregion sowohl hinsichtlich der Leistungen und Kompetenzen der beteiligten Gebietskörperschaften Bund, Wien, Niederösterreich und Burgenland als auch hinsichtlich der Einnahmehaufungen unter den beteiligten Verkehrsunternehmen Österreichische Bundesbahnen, Wiener Verkehrsbetriebe und Wiener Lokalbahnen AG zu schaffen. Der Verkehrsverbund Ostregion konnte dadurch mit Sommerfahrplan 1984 eingeführt werden.

Im Zuge der Neuierung und Bereinigung der Wiener Rechtsvorschriften wurden die geltenden gesetzlichen Regelungen, die bis auf ein Gesetz vom 21. September 1925 zurückgehen, zu einem Wiener Verwaltungsabgabengesetz 1985, kundgemacht im LGBl. für Wien Nr. 49/1984, zusammengefaßt. Die einzige Abänderung im Gesetzestext ist die Anhebung der gesetzlichen Obergrenze für die einzelnen Verwaltungsabgaben im § 2 von 4.500 auf 7.000 Schilling. Dieser Höchstbetrag für die Verwaltungsabgabe im Einzelfall liegt im Mittel der übrigen Bundesländer und soll der Wiener Landesregierung als Verordnungsgeber den notwendigen Spielraum für die Anpassung der Verwaltungsabgabentarife in den nächsten Jahren einräumen.

Auf Initiative der Finanzverwaltung wurde einvernehmlich mit den betroffenen Dienststellen und teilweise dem Kontrollamt die Ausarbeitung neuer Grundlagen für die Durchführung von Reinigungsarbeiten in Krankenanstalten in die Wege geleitet.

Im Jahre 1984 wurden Stellungnahmen zu wirtschaftspolitischen Problemen abgegeben bzw. Grundlagen für strukturpolitische Maßnahmen erarbeitet. Von den Grundlagenstudien ist die Untersuchung über „Die gegenwärtige und zukünftige Bedeutung der Entwicklung der EDV-Software in Wien“ zu nennen. Mit dieser Arbeit werden die Möglichkeiten aufgezeigt, inwieweit die Wiener Wirtschaft in Zukunft am zunehmenden Einsatz der Mikroelektronik in der Bürotechnik über die Zulieferung von EDV-Software teilhaben kann. Auf Grund des Ergebnisses dieser Studie wird sich über Anregung der Abteilung die Wiener Messe AG bemühen, im Rahmen der „IFABO“ die „Programma“ (Softwaremesse) auszubauen. Die Studienergebnisse dienen der Stadt Wien auch als Entscheidungshilfe, für Bemühungen der MD-Automatische Datenverarbeitung stärker in den Software-Markt einzusteigen. Weiters wurden die Nahversorgungsstudien, die von der Abteilung durchgeführt werden, mit der Untersuchung „Nahversorgung 1983“ aktualisiert. Die Untersuchungsergebnisse werden unter anderem für Vorschläge zur Einplanung von Einrichtungen im Rahmen des kommunalen Wohnbaues verwendet. Es hat sich gezeigt, daß, wenn man die Vorschläge nach Prioritäten ordnet, die Bezirke Liesing, Favoriten, Hietzing, Penzing sowie Floridsdorf an der Spitze stehen. Andererseits sind die Bezirke Wieden, Neubau, Josefstadt, Innere Stadt und Mariahilf gut versorgt bis überversorgt.

Auf der Basis einer Untersuchung über den „Stand-, Entwicklungs- und Tätigkeitsumfang von Engineering und Consulting-Büros“ wurde am 28. Mai eine „Engineering und Consulting-Enquete“ initiiert. Dabei konnten die Vertreter der Stadt Wien, aber auch der Arbeiter- und Handelskammer mit Finanziers, Planern und Produzenten technischer Projekte die gemeinsamen Probleme und mögliche Lösungsansätze zur Verbesserung der regionalwirtschaftlichen Effekte dieses — im besonderen — stadtäquaten Wirtschaftszweiges diskutieren.

Auch im Jahre 1984 wurden wieder die „Wiener Wirtschaftsberichte“, eine Darstellung der fertiggestellten Forschungsaufträge mit einem Bericht über die Wiener Wirtschaftslage, veröffentlicht.

In den Wiener Konjunkturberichten werden laufend Daten über die Wiener Wirtschaft im Vergleich zu nationalen und global auch zur internationalen Entwicklung dokumentiert.

Mit Gemeinderatsbeschluß vom 30. März 1984, Pr.Z.808, erfolgte eine Nachdotierung des Fonds zur Förderung der Wiener Bekleidungsindustrie in der Höhe von 5 Millionen Schilling. Eine Meinungsumfrage bei den Konsumenten in bezug auf das Image der Wiener Mode wurde in Auftrag gegeben. Als Ergebnis dieser Umfrage wird derzeit ein „Wiener Modeseigel“ auf dem Markt eingeführt.

Um betriebliche Investitionen in verstärktem Ausmaß zu unterstützen, wurden der INNOVA, Wiener Innovationsgesellschaft, für diese Zwecke mit Gemeinderatsbeschluß vom 30. März 1984, Pr.Z.805, 35,2 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Für die von der INNOVA abgewickelten städtischen Förderungsaktionen wurden mit Gemeinderatsbeschluß vom 24. Februar 1984, Pr.Z.491, und Gemeinderatsbeschluß vom 28. September 1984, Pr.Z.2809, insgesamt weitere 60 Millionen Schilling gewährt.

An einer Arbeitsgruppe, die Einsparungen von Heizenergie in städtischen Objekten zum Ziel hat, wurde im Jahre 1984 mitgearbeitet.

Als Dienststelle, die die Mittel für die Aufschließung von Betriebsbaugeländen verwaltet, hat die Abteilung Schwerpunkte für die Betriebsaufschließung und damit für die Fertigstellung von Betriebsbaugeländen gesetzt. Im Jahre 1984 lag das Hauptaugenmerk bei den Aufschließungsarbeiten für die Betriebsbaugelände in 10, Schleiergasse, 23, Draschegründe West, zweiter Bauteil, 10, Wienerberggründe und 3, Landstraßer Gürtel.

# Finanzwirtschaft und Haushaltswesen

## Stadthaushalt

Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1984, der im Sinne der Voranschlags- und Rechnungsabschlußverordnung (VRV) vom 15. Juli 1974, BGBl. Nr. 493, in der Fassung BGBl. Nr. 604/1976, nach funktionellen Gesichtspunkten erstellt wurde, wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 5. bis 7. Dezember 1983 genehmigt. Formell erfolgte die Erstellung des Voranschlages auf Grund des § 86 der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien und der Haushaltsordnung (MD-217/69, MD-2228/71 und MD-1032/78), wobei letztere hinsichtlich der Erstellung des Voranschlages mit Erlaß der Magistratsdirektion vom 30. Mai 1979, Zl. MD-1083-1/79, der VRV angepaßt worden war. Die Unternehmungen der Stadt Wien stellten eigene Wirtschaftspläne auf, die dem Gemeinderat gesondert zur Genehmigung vorgelegt wurden.

Bei der Schätzung der Einnahmen wurden ein vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung prognostiziertes reales Wachstum des Brutto-Inlandproduktes von 0,5 Prozent wie das Maßnahmenpaket des Bundes berücksichtigt. Auf Grund dieser Annahmen und unter Berücksichtigung des voraussichtlichen Ergebnisses für 1983 ergaben sich Gesamteinnahmen in der Höhe von 63.861,2 Millionen Schilling, das ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 5,4 Prozent, denen Ausgaben in der Höhe von 69.334,8 Millionen Schilling, das sind um 5,6 Prozent mehr als im Vorjahr, gegenüberstehen. Der sich ergebende unbedeckte Abgang von 5.473,6 Millionen Schilling machte 7,9 Prozent der Gesamtausgaben aus (Vorjahr: 7,7 %) und war, soweit er nicht durch Minderausgaben, Mehreinnahmen bzw. durch Aufnahme von Anleihen und Darlehen ausgeglichen werden konnte, auf neue Rechnung vorzutragen und im Voranschlag des zweitnächsten Verrechnungsjahres zu veranschlagen.

Die nachstehende Übersicht zeigt die wichtigsten Einnahmearten und deren Anteil an den Gesamteinnahmen:

	Millionen Schilling	Anteil in Prozenten
Eigene Steuern und Abgaben	9.762,4	15,3
Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben	17.134,0	26,8
Einnahmen aus Leistungen	7.036,2	11,0
Ersätze des Bundes für den Lehrpersonalaufwand	3.619,4	5,7
Einnahmen Wohnbauförderung 1968	4.639,3	7,2
Eigene Fremdmittelaufnahmen	3.182,9	5,0
Fremdmittelaufnahmen für Dritte	1.775,0	2,8
Fremdmittelgebarung, interne Verrechnung	2.278,9	3,6
Beiträge Dritter zum Schuldendienst	3.206,3	5,0
Sonstige Einnahmen	11.226,8	17,6
Gesamtsumme	63.861,2	100,0

Der prozentuelle Anteil der eigenen Steuern und Abgaben erhöhte sich gegenüber dem Voranschlag 1983 um 0,2 auf 15,3 Prozent. Im einzelnen entfielen auf Landes- und Gemeindeabgaben 6.618,143.000 S, auf Wassergebühren 1.244,889.000 S, auf Abwassergebühren 1.026,786.000 S, auf die Müllabfuhrabgabe 855,000.000 S, auf Nebenansprüche 12,519.000 S und auf die Zuschläge zu den Wettgebühren 5,100.000 S.

Durch die Auswirkungen des Maßnahmenpaketes des Bundes stieg der Anteil der Ertragsanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben einschließlich des Anteiles an der Spielbankabgabe nominell um 1.100,4 Millionen Schilling bzw. um 6,9 Prozent.

Die Einnahmen aus Leistungen erhöhten sich um 292,6 auf 7.036,2 Millionen Schilling, somit blieb der Anteil an den Gesamteinnahmen mit 11 Prozent gegenüber 1983 nahezu unverändert.

Auf die Gebühren der Kranken- und Wohlfahrtsanstalten entfielen 4.736 Millionen Schilling (Vorjahr: 4.429,9 Millionen Schilling), auf sonstige Ersätze 802,2 Millionen Schilling (Vorjahr: 778,6 Millionen Schilling) und auf sonstige Leistungserlöse 1.498 Millionen Schilling.

Die Rückersätze des Bundes für den Personalaufwand der Landeslehrer wurden ab dem Voranschlag 1984 als Transferzahlung des Bundes verrechnet und zur besseren Vergleichbarkeit als eigene Einnahmeart dargestellt. Sie stiegen gegenüber dem Vorjahr um 169,5 Millionen Schilling, der prozentuelle Anteil blieb mit 5,7 Prozent unverändert.

Im Rahmen der Wohnbauförderung 1968 wurde mit Gesamteinnahmen von 4.639,3 Millionen Schilling gerechnet.

Die Leistungen des Bundes betragen 3.980 Millionen Schilling, die Einnahmen aus Tilgung und Verzinsung 558,8 Millionen Schilling und die Zinsenerträge für veranlagte Wohnbauförderungsmittel 100 Millionen Schilling.

An eigenen Fremdmittelaufnahmen waren 3.182,963.000 S vorgesehen, und zwar Investitionsdarlehen

(Evidenzpost) mit 1.000 S, Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 mit 1.561,367.000 S, Darlehen nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz mit 122,627.000 S, Darlehen aus dem Wasserwirtschaftsfonds mit 179,446.000 S, Hypothekendarlehen mit 549,566.000 S, Darlehen der Österreichischen Kommunalkredit AG (Evidenzpost) mit 1.000 S, Darlehen aus dem Stadterneuerungsfonds (Evidenzposten) mit 7.000 S, Darlehen zur Erhaltung und Verbesserung städtischer Wohnhäuser mit 114,960.000 S, Darlehen nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz mit 651,126.000 S, Anleihen (Evidenzposten) mit 2.000 S und sonstige Darlehen mit 3,860.000 S.

Durch den höheren Fremdmittelbedarf der Wiener Stadtwerke stieg der Anteil der Fremdmittelaufnahmen für Dritte um 0,1 auf 2,8 Prozent. Veranschlagt waren die Aufnahme von Anleihen bzw. Darlehen für die Elektrizitäts- und Gaswerke in der Höhe von 1.605 bzw. 140 Millionen Schilling sowie ein weiterzugebendes Darlehen der Österreichischen Kommunalkredit AG von 30 Millionen Schilling.

Die interne Verrechnung der Fremdmittelgebarung enthielt die Weiterverrechnung von Bundesdarlehen für den Wohnbau, von Darlehen im Rahmen der Wohnungsverbesserung, von Darlehen aus dem Wasserwirtschaftsfonds, von Hypothekendarlehen, von Darlehen nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz, von Darlehen zur Erhaltung und Verbesserung städtischer Wohnhäuser, von Darlehen des Stadterneuerungsfonds sowie die Beiträge anderer Verwaltungszweige zum Schuldendienst. Ihr Anteil an den Gesamteinnahmen sank gegenüber dem Vorjahr um 0,1 auf 3,6 Prozent.

Die Beiträge Dritter zum Schuldendienst verringerten sich durch die im Jahre 1982 erfolgten Umschuldungsmaßnahmen von 5,8 auf 5,0 Prozent.

Vom Gesamtbetrag in der Höhe von 3.206,3 Millionen Schilling entfielen 3.150,3 Millionen Schilling auf Beiträge der Wiener Stadtwerke zur Tilgung und Verzinsung von Anleihen und Darlehen. Bei den sonstigen Einnahmen war ein anteilmäßiger Anstieg um 0,3 auf 17,6 Prozent zu verzeichnen, wobei der nominelle Anstieg 713,3 Millionen Schilling betrug.

In dieser Einnahmengruppe waren folgende größere Posten enthalten:

	Schilling
Veräußerungen von Erzeugnissen .....	119,795.000
Grundverkauf und -tausch .....	200,000.000
Verlosung und Verkauf von Wertpapieren .....	63,327.000
Verzinsung Wertpapiere .....	99,921.000
Zinsen .....	104,307.000
Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung .....	4.087,791.000
Klinischer Mehraufwand — Beitrag des Bundes .....	506,000.000
Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds .....	1.172,000.000
Pensionsbeiträge der Wiener Stadtwerke .....	905,438.000
Zuschüsse des Bundes für den Nahverkehr — Wiener Stadtwerke — Verkehrsbetriebe ..	139,000.000
Verwaltungsstrafen .....	155,120.000
Pensionsbeiträge (einschließlich Landeslehrer) .....	567,153.000
Hochwasserschutz — Beitrag des Bundes .....	100,000.000
Zuschuß des Bundes aus der Kraftfahrzeugsteuer zum U-Bahn-Bau .....	130,000.000
Beitrag des Bundes für die Linien U3 und U6 .....	935,480.000
Benützungsgebühr der Wiener Verkehrsbetriebe für U-Bahn-Anlagen .....	72,664.000
Umsatzsteuer-Gutschrift .....	1.023,811.000
Entnahme aus Sonderrücklagen .....	116.000
Rückvergütung von Zinsen nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz .....	86,000.000
Rückvergütung von Annuitäten- und Zinsenzuschußleistungen nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz .....	54,600.000
Verschiedene Einnahmen .....	704,243.000

Die folgende Tabelle gliedert die Gesamtausgaben nach den wichtigsten Ausgabegruppen:

	Millionen Schilling	Anteil in Prozenten
Leistungen für das Personal .....	15.002,6	21,6
Pensionen und sonstige Ruhebezüge .....	4.538,0	6,6
Instandhaltungsaufwand .....	2.860,0	4,1
Aufwendungen Wohnbauförderung 1968 .....	5.139,3	7,4
Fremdmittel für Dritte, Weitergabe .....	1.775,0	2,6
Fremdmittelgebarung, interne Verrechnung .....	2.278,9	3,3

	Millionen Schilling	Anteil in Prozenten
Eigener Schuldendienst .....	2.981,9	4,3
Schuldendienst für Dritte .....	3.218,8	4,6
Investitionen .....	10.201,7	14,7
Sonstige Ausgaben .....	21.338,6	30,8
	<hr/> 69.334,8	<hr/> 100,0

Der Anteil der Leistungen für das Personal sank gegenüber 1983 um 0,5 auf 21,6 Prozent, der der Pensionen blieb mit 6,6 Prozent unverändert. Nominell stiegen die Leistungen für Personal einschließlich der Pensionen und sonstigen Ruhebezüge um 676,4 Millionen auf insgesamt 19.540,6 Millionen Schilling.

Die Anzahl der Dienstposten bei der Hoheitsverwaltung stieg um 727, jene der Landeslehrer verminderte sich um 92, somit erhöhte sich der Gesamtpersonalstand um 635 auf 56.320 Bedienstete.

Der Instandhaltungsaufwand erhöhte sich um 71,3 Millionen auf 2.860 Millionen Schilling, der prozentuelle Anteil sank geringfügig um 0,2 auf 4,1 Prozent. Davon entfielen allein 1.241,1 Millionen auf die Instandhaltung der städtischen Wohnhäuser und 382,1 Millionen Schilling auf die Instandhaltung der Krankenanstalten.

Die Mittel, die für Leistungen im Rahmen des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 zur Verfügung standen, einschließlich der Landesmittel von 500 Millionen Schilling, erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 118,4 Millionen auf 5.139,3 Millionen Schilling. Davon entfielen 1.561,4 Millionen auf Darlehen im Rahmen der Wohnbauförderung 1968 für städtische Dienststellen, 2.080,4 Millionen auf Darlehen im Rahmen der Wohnbauförderung 1968 an andere Bauträger, 1.037 Millionen auf Zuschüsse gemäß § 15 a des Wohnbauförderungsgesetzes 1968, 450 Millionen auf Wohnbeihilfen, 6 Millionen auf Entgelte für Leistungen der Bauaufsichtsorgane und 4,5 Millionen Schilling auf die Inanspruchnahme von Bürgschaften.

Die Weitergabe von Fremdmitteln für Dritte sowie die interne Verrechnung der Fremdmittelgebarung waren analog bei den Einnahmen veranschlagt.

Der eigene Schuldendienst erhöhte sich anteilmäßig um 0,4 auf 4,3 Prozent, nominell um 404,6 Millionen auf 2.981,9 Millionen Schilling.

Der Anteil des Schuldendienstes für Dritte verringerte sich, wie bereits bei den Einnahmen erwähnt, durch die Umschuldungsmaßnahmen im Jahre 1982 nominell um 311,8 Millionen auf 3.218,8 Millionen Schilling. Davon entfielen 3.150,3 Millionen Schilling auf Fremdmittel der Wiener Stadtwerke, 13,8 Millionen auf Darlehen der Österreichischen Kommunalkredit AG, 22,4 Millionen auf Darlehen für Investitionszwecke der Österreichischen Bundesbahnen und 32,3 Millionen Schilling auf Darlehen zur Vorfinanzierung von Bundes-schulbauten.

Der Anteil der Investitionen stieg nominell gegenüber 1983 um 1.180,2 Millionen Schilling, also von 13,7 auf 14,7 Prozent. Die wesentlichsten Investitionen werden bei den einzelnen Ausgabegruppen angeführt. Der Anteil der sonstigen Ausgaben stieg nominell um 1.396,2 Millionen Schilling und anteilmäßig um 0,4 auf 30,8 Prozent. Dies geht vor allem auf den Mehraufwand im Rahmen der Sozialhilfe, auf höhere Transferzahlungen im Rahmen der Wirtschaftsförderung, auf die ärztliche Betreuung und Gesundheitsvorsorge und auf öffentliche Abgaben zurück.

In den sonstigen Ausgaben waren folgende größere Posten enthalten:

	Millionen Schilling
Beteiligungen und Wertpapiere .....	214,8
Geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens und verschiedene Verbrauchsgüter .	660,1
Lebensmittel .....	474,6
Brennstoff und Wärme .....	596,5
Druckwerke bzw. Schreib-, Zeichen- und sonstige Büromittel .....	136,8
Mittel zur ärztlichen Betreuung und Gesundheitsvorsorge .....	1.758,6
Gas und Strom .....	716,0
Transporte .....	328,0
Geldverkehrsspesen .....	89,4
Mietzinse .....	454,9
Öffentliche Abgaben (einschließlich Umsatzsteuer) .....	1.192,9
Entgelte für Leistungen von Einzelpersonen, Firmen und juristischen Personen .....	2.369,6
Allgemeines Krankenhaus und Sonderausgaben der Kliniken .....	175,0
Pflegegebührenüberrechnung des St.-Anna-Kinderspitals .....	110,2
Verstärkungsmittel .....	200,0

	Millionen Schilling
Beitrag an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds .....	166,0
Beitrag an den Wasserwirtschaftsfonds .....	116,5
Zuschüsse zur Förderung des Wohnungsbaues .....	204,3
Leistungen an fremde Krankenanstalten .....	169,0
Förderung nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz .....	155,1
Abgangsdeckung der Wiener Stadtwerke — Verkehrsbetriebe .....	1.770,5
Zuschuß an die Wiener Stadtwerke — Verkehrsbetriebe für die Instandhaltung von U-Bahn-Anlagen .....	215,0
Pensionslasten der Wiener Stadtwerke .....	2.235,1
Transferzahlungen im Rahmen der Wirtschaftsförderung .....	482,7
Transferzahlungen an den Bund für das Internationale Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien (einschließlich Internationale Schule) .....	372,3
Kapitaltransferzahlungen an den Bund für Brückenbauten .....	42,0
Bundesstraßen — Baukostenzuschüsse, Zinszuschüsse .....	126,5
Kapitaltransferzahlungen an die Österreichischen Bundesbahnen für den Nahverkehr .....	3,7
Beitrag an den Verkehrsbund .....	46,1
Transferzahlungen im Rahmen des Bundes-Sonderwohnbaugesetzes .....	109,2
Sportförderung .....	115,6
Förderung von Kultur, Wissenschaft und Fremdenverkehr .....	672,8
Sonstige Subventionen und Beiträge .....	347,7
Beiträge im Rahmen der Sozialhilfe .....	2.783,6
Zuführungen an Rücklagen .....	0,2
Abgänge aus Vorjahren .....	131,9
Verschiedene Ausgaben .....	1.595,4

In der Gruppe 0, Vertretungskörper und allgemeine Verwaltung, stiegen die Gesamtausgaben gegenüber 1983 von 5.181,3 Millionen um 82,7 Millionen auf 5.264 Millionen Schilling. Davon entfielen auf die Vertretung der Stadt einschließlich der Pensionen 239,2 Millionen Schilling, auf die Leistungen für das Personal der Hoheitsverwaltung 2.396,1 Millionen, auf den allgemeinen Sachaufwand der Hoheitsdienststellen 343,1 Millionen, auf die Miete für städtische Dienststellen in fremden Gebäuden 137,1 Millionen, auf die Errichtung und Erhaltung der Amtsgebäude 94,8 Millionen, auf Information und Öffentlichkeitsarbeit 127,1 Millionen, auf den Beitrag an den Bund für das Internationale Amtssitz- und Konferenzzentrum Wien (einschließlich der internationalen Schule) 372,3 Millionen, auf Beiträge an Verbände, Vereine und sonstige Organisationen und für Subventionen 332,5 Millionen und auf Pensionen im Rahmen der Hoheitsverwaltung 754,8 Millionen Schilling.

In der Ausgabengruppe 1, Öffentliche Ordnung und Sicherheit, erhöhten sich die Gesamtausgaben von 828,1 auf 867,4 Millionen Schilling, und zwar waren unter anderem für Ersatzvornahmen im Zuge von Bauaufträgen 4 Millionen, für das Veterinäramt 21,6 Millionen und für Feuerwehr und Katastrophenschutz 841,3 Millionen Schilling vorgesehen.

In der Ausgabengruppe 2, Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, betrug der Anstieg gegenüber 1983 67,7 Millionen Schilling. Die Ausgaben in der Höhe von 6.595,8 Millionen Schilling machten 9,5 Prozent der Gesamtausgaben aus. Auf die Schulverwaltung entfielen 4.816,2 Millionen Schilling (Vorjahr: 4.779,7 Millionen), darunter 2.944,4 Millionen auf Leistungen für das aktive Personal einschließlich der Landeslehrer, 1.178,4 Millionen auf die Pensionen und sonstige Ruhebezüge, 163,5 Millionen auf den Instandhaltungsaufwand und 123,4 Millionen Schilling auf die Investitionen. Bei den allgemeinbildenden Pflichtschulen setzte man die Errichtung bzw. die Fertigstellung von vier Schulbauten fort. Die Gesamtzahl der Schüler sank von 119.079 auf 111.694.

Für Sportangelegenheiten waren 240,3 Millionen Schilling bestimmt, darunter nicht weniger als 115,6 Millionen für Sportförderung, 57 Millionen für Sportplätze und 34,4 Millionen für Turn- und Sporthallen. Für die Sanierung des Wiener Stadions war zunächst nur ein Evidenzansatz vorgesehen, wobei die erforderlichen Mittel in der Höhe von 50 Millionen Schilling erst zur Verfügung gestellt wurden, als eine diesbezügliche Vereinbarung mit dem Bund abgeschlossen wurde. Der Gesamtaufwand für Kindertagesheime erhöhte sich von 1.215,3 Millionen auf 1.227,2 Millionen Schilling, wovon 943,1 Millionen auf den Personalaufwand einschließlich Pensionen und sonstige Ruhebezüge und 36,6 Millionen auf Investitionen entfielen. Vorgesehen war die Errichtung der Kindertagesheime in 2, Engerthstraße, und in 17, Dornbacher Straße. Acht weitere Kindertagesheime wurden durch den eigenen bzw. genossenschaftlichen Wohnbau errichtet.

Für Kunst, Kultur und Kultus, Ausgabengruppe 3, standen 839,5 Millionen Schilling zur Verfügung, das

waren um 35,5 Millionen mehr als 1983. Davon entfielen unter anderem 114,7 Millionen auf die Musiklehranstalten, 63,3 Millionen auf die Musikpflege, 258 Millionen auf die Förderung der darstellenden Kunst, wobei in dieser Summe ein Baukostenbeitrag an die Kammeroper in der Höhe von 6,4 Millionen enthalten war, weitere 44,2 Millionen auf die Wiener Festwochen und 46,6 Millionen auf die Museen, 75,9 Millionen auf die Altstadterhaltung und Ortsbildpflege, 98,8 Millionen auf die kulturelle Jugendbetreuung, 44,9 Millionen auf die Förderung aus dem Ertrag des Kulturschillings und schließlich 17,3 Millionen Schilling auf Sommerveranstaltungen.

Die Ausgaben der Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, stiegen um 406,3 Millionen auf 10.972,9 Millionen Schilling und erreichten damit 15,8 Prozent der Gesamtausgaben. Im Bereich der Sozialhilfe erhöhte sich der Aufwand von 2.690,1 Millionen auf 2.876,6 Millionen, wovon unter anderem auf die Allgemeine Sozialhilfe 1.532,9 Millionen, auf die Behindertenhilfe 311,6 Millionen, auf die Blindenbeihilfe 170,2 Millionen, auf die Pensionistenheime 167 Millionen, auf die Heimhilfe 500,3 Millionen und auf die Aktion „Essen auf Rädern“ 47,9 Millionen Schilling entfielen. Für die Pflegeheime waren 1.368,3 Millionen Schilling vorgesehen, davon 59,6 Millionen für Investitionen. Den Erziehungsheimen standen 470,5 Millionen Schilling zur Verfügung, wovon 12,1 Millionen für Investitionen bestimmt waren. Für die Betreuung von 4.475 Pflegekindern stellte man 438,8 Millionen Schilling bereit. In der Erholungsfürsorge wurden für die Unterbringung von rund 12.000 Kindern in Heimen und Tageserholungsstätten 54,2 Millionen Schilling benötigt. Für Förderungen im Rahmen des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 standen insgesamt 5.139,3 Millionen Schilling, einschließlich der Landesmittel in der Höhe von 500 Millionen Schilling, zur Verfügung. Von diesem Betrag wurden 1.561,4 Millionen für Darlehen im Rahmen der Wohnbauförderung 1968 für städtische Dienststellen, 2.080,4 Millionen für Darlehen im Rahmen der Wohnbauförderung 1968 an andere Bauträger, 1.037 Millionen für Zuschüsse und 450 Millionen Schilling für Wohnbeihilfen bereitgestellt. 6 Millionen entfielen auf Entgelte für Leistungen der Bauaufsichtsräume und 4,5 Millionen Schilling auf die Inanspruchnahme von Bürgschaften. Für die Wohnungsverbesserung waren insgesamt 155,1 Millionen Schilling vorgesehen. Dabei machten die Leistungen des Bundes 90 Millionen Schilling aus, die des Landes 45 Millionen und die Erträge 20 Millionen Schilling. Für die Wohnbau-Sonderprogramme der Stadt Wien standen insgesamt 226,8 Millionen Schilling zur Verfügung, für Aufwendungen im Rahmen des Bundesgesetzes zur Förderung der Erhaltung und Verbesserung von Wohnhäusern sowie der Stadterneuerung waren 28,1 Millionen und für Förderungen nach dem Bundes-Sonderwohnbaugesetz 112,7 Millionen Schilling vorgesehen.

Die Ausgaben für Gesundheit, Gruppe 5, beliefen sich auf 11.921,9 Millionen Schilling, das sind 1.162,4 Millionen Schilling mehr als 1983. Die Steigerung betrug somit 10,8 Prozent, der Aufwand erreichte 17,2 Prozent der Gesamtausgaben. Von den Gesamteinnahmen der Krankenanstalten in der Höhe von 4.936 Millionen Schilling entfielen 3.495,9 Millionen auf Pflegegebühren ohne den eigenen Sozialhilfeträger und 506 Millionen auf den Beitrag des Bundes zur Deckung des klinischen Mehraufwandes. Man rechnete überdies mit Einnahmen aus dem Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds in der Höhe von 1.172 Millionen Schilling. Durch den Anstieg der Gesamtausgaben der Krankenanstalten erhöhte sich der zu deckende Abgang einschließlich der Pflegegebühren auf Rechnung des eigenen Sozialhilfeträgers um 607,4 Millionen auf 7.082,2 Millionen Schilling (Vorjahr: 6.474,8 Millionen Schilling). Für Investitionen waren diesmal 1.887,6 Millionen Schilling vorgesehen, wovon unter anderem auf den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses 1.500 Millionen Schilling entfielen, auf die Sanierung der Pavillons II bis V im Krankenhaus Lainz 12 Millionen, auf die Adaptierung der Primariate V und VII im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe 10 Millionen und auf die Anschaffung von medizinischen Apparaten und Geräten 31 Millionen Schilling. Der Beitrag des Landes Wien an den Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds wurde mit 166 Millionen Schilling präliminiert. Für Leistungen an Krankenanstalten fremder Rechtsträger waren zur Deckung des Betriebsabganges des Hanusch-Krankenhauses und des Orthopädischen Spitals Speising 169 Millionen Schilling vorgesehen. 13,7 Millionen Schilling wurden als Zuschüsse zur Errichtung und Erhaltung von Krankenanstalten fremder Rechtsträger präliminiert.

In der Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr, betrug die Ausgaben 3.806 Millionen Schilling, das waren 5,5 Prozent der Gesamtausgaben. Davon waren 459,4 Millionen Schilling für den Straßenbau bestimmt, wobei 114,9 Millionen auf die Instandhaltung von Straßenbauten und 264,1 Millionen auf Neu- und Umbauten entfielen. Dem Brückenbau standen 130,7 Millionen Schilling zur Verfügung, davon 40 Millionen für den Neubau der Abfahrtsrampen Donauesinger-Reichsbrücke, 6,6 Millionen für den Bau der Roßauer Brücke und 35 Millionen Schilling für Baukostenbeiträge an den Bund für den Bau der Grünbrücke-Islamisches Zentrum. Der vorgesehene Beitrag des Landes Wien an den Wasserwirtschaftsfonds belief sich auf 116,5 Millionen Schilling. Vom Gesamtaufwand für den Wasserbau in der Höhe von 65,5 Millionen Schilling entfielen 16 Millionen auf das Hochwasserrückhaltebecken Liesingbach. Für die Errichtung des verbesserten Hochwasserschutzes wurden 271,6 Millionen Schilling veranschlagt, davon entfielen 45,7 Millionen auf das Rechte Donauufer, 171,2 Millionen auf das Linke Donauufer und 10,8 Millionen auf Grundfreimachungen. Im Rahmen des Gesamtaufwandes für Verkehrsorganisation und technische Verkehrsangelegenheiten in der Höhe von 157 Millionen Schilling bestimmte man unter anderem 69,6 Millionen für die Neuerrichtung und 57,3 Millionen für die Instandhaltung von Verkehrslichtsignalanlagen.

Der U-Bahn-Bau erforderte einschließlich der Anschaffung von U-Bahn-Wagen 2.102,1 Millionen Schilling, wovon 115,9 Millionen auf das Grundnetz, 1.166,2 Millionen auf die Linie U 3 und 820 Millionen auf die Linie U 6 entfielen. Als Beitrag des Bundes für den Bau der Linien U 3 und U 6 wurden 935,5 Millionen Schilling präliminiert.

Ganz wesentlich stiegen die Gesamtausgaben der Gruppe 7, Wirtschaftsförderung, und zwar von 674,4 Millionen im Vorjahr auf 943,3 Millionen Schilling; das ist eine Steigerungsrate von 39,9 Prozent. Für die fremdenverkehrsfördernden Kreditaktionen in den Wiener Beherbergungsbetrieben standen 16 Millionen Schilling zur Verfügung, für die sonstige Fremdenverkehrsförderung und für die Aufschließung von Betriebsbaugebieten 95,1 Millionen bzw. 194,5 Millionen Schilling. Im Rahmen des Ansatzes 7822, Wirtschaftsförderung, wurden 611,4 Millionen Schilling veranschlagt, davon für Darlehen zur Investitionsförderung 108 Millionen, für die Garagenförderung 29 Millionen, für die Wiener Innovationsgesellschaft 40 Millionen und für die Weitergabe eines Darlehens der Österreichischen Kommunalkredit AG 5 Millionen Schilling. Von den Transferzahlungen in der Gesamthöhe von 475,6 Millionen Schilling entfielen unter anderem 9 Millionen auf die Lehrlingsförderung, 50 Millionen auf die Wiener Strukturverbesserungsaktion, 44 Millionen auf Förderungszuschüsse an Wiener Klein- und Mittelbetriebe, 35 Millionen auf die Förderung wassersparender Investitionen, 10 Millionen auf Zuschüsse im Rahmen der Kleinbetriebezuschußaktion, 20,4 Millionen auf die Förderung nach dem Wiener Garagengesetz, 40 Millionen auf Investitionszuschüsse an private Unternehmen und schließlich 250 Millionen Schilling auf die Industrieumsiedlungsaktion.

Der Ausgabenrahmen der Gruppe 8, Dienstleistungen, stieg um 626,6 Millionen auf 23.064,1 Millionen Schilling, das sind 33,3 Prozent der Gesamtausgaben. Für die Ver- und Entsorgung standen 3.922,8 Millionen Schilling zur Verfügung, und zwar für die Wasserversorgung 801,1 Millionen, für den Markt- und Schlachtbetrieb St. Marx 140,8 Millionen, für die Abwasserbeseitigung 1.145,1 Millionen, für Märkte 195,6 Millionen, für Bedürfnisanstalten 28,4 Millionen, für die Müllbeseitigung 956,6 Millionen und für die Straßenreinigung 655,2 Millionen Schilling. Zu den wichtigsten Investitionen in diesem Aufgabenbereich zählten der Ausbau des Wasserrohrnetzes mit 23,5 Millionen Schilling, die Wasserrohrlegungen in Bundesstraßen bzw. im Zusammenhang mit Bauvorhaben anderer Dienststellen mit 50,2 Millionen, die Umlegung des Liesingtal-Sammelkanals mit Zuleitung zur Hauptkläranlage mit 30 Millionen, die sonstigen Kanalbauten mit 52,5 Millionen und die Anschaffung von Fahrzeugen zur Müllbeseitigung mit 69,3 Millionen Schilling. Für die öffentliche Beleuchtung und die öffentlichen Uhren standen 262,5 Millionen Schilling, für Park- und Gartenanlagen sowie Kinderspielplätze 520,3 Millionen und für Friedhöfe 303,4 Millionen Schilling zur Verfügung. Die Stadforste rechnet mit einem Aufwand von 176,7 Millionen Schilling, die Bäder mit 468,4 Millionen, wovon 100,8 Millionen auf Investitionen entfielen. Vorgesehen waren unter anderem 41 Millionen für den Neubau des Hallen- und Sommerbades Großfeldsiedlung und 26 Millionen Schilling für die Sanierung des Amalienbades. Weitere 243 Millionen Schilling standen für Grundkauf und -tausch zur Verfügung. Die Ausgaben der städtischen Wohnhäuser stiegen von 3.682,5 Millionen im Jahre 1983 auf 3.930 Millionen Schilling. Zählt man jedoch die Verwaltungskostenbeiträge für die Inanspruchnahme zentraler Dienststellen hinzu, ergibt sich eine Summe von 4.037,8 Millionen Schilling. Für die Erhaltung der städtischen Wohnhäuser waren 1.199,8 Millionen Schilling, für Steuern und Abgaben 748 Millionen, für den Schuldendienst bzw. für Beiträge zum Schuldendienst 616,4 Millionen und für Investitionen 355,5 Millionen Schilling veranschlagt. Für den eigenen Wohnhausbau standen 3.609,3 Millionen Schilling zur Verfügung. Davon entfielen 651,1 Millionen auf die Fortsetzung der im Jahre 1983 begonnenen Bauvorhaben im Rahmen des Bundes-Sonderwohnbaugesetzes und 2.958,2 Millionen Schilling auf die Weiterführung bzw. auf den Neubeginn sonstiger kommunaler Wohnbauvorhaben. 14.924,6 Millionen Schilling bzw. 21,5 Prozent der Gesamtausgaben sah man für die Erhaltung des hohen Beschäftigtenstandes im Bau- und Baunebengewerbe vor. Trotz des etwas höheren Fremdmittelbedarfes der Wiener Stadtwerke gegenüber dem Vorjahr verringerten sich die Ausgaben auf Ansatz 8790, Wiener Stadtwerke, durch einen geringeren Zuschußbedarf der Verkehrsbetriebe um 136,5 Millionen auf 9.245,7 Millionen Schilling. Davon wurden unter anderem 1.745 Millionen Schilling ausgegeben für die Weitergabe von Anleihen und Darlehen an die Gas- und Elektrizitätswerke, 3.150,3 Millionen für den Schuldendienst, 2.235,1 Millionen für die Übernahme der Pensionslasten und 1.770,5 Millionen Schilling für die Abgangsdeckung für die Verkehrsbetriebe.

In der Gruppe 9, Finanzwirtschaft, stiegen die Gesamtausgaben von 4.589,1 Millionen auf 5.059,8 Millionen Schilling und erreichten 7,3 Prozent der Gesamtausgaben. Für Beteiligungen waren 73,6 Millionen Schilling bestimmt, darunter 2,5 Millionen für die Stadion-Renovierungs-Betriebsgesellschaft, 5 Millionen für die Flughafen Wien BetriebsgesmbH., 5 Millionen für eine Kulturförderungsgesellschaft, 8,5 Millionen für die Verkehrsverbundorganisationsgesellschaft und 51,5 Millionen Schilling für die Wiener Stadthalle. Der Schuldendienst für die im Rahmen der Hoheitsverwaltung aufgenommenen Investitionsdarlehen und Anleihen auf den Ansätzen 9500 und 9510 erhöhte sich von 2.460,8 Millionen auf 2.847,6 Millionen Schilling, wovon 1.210,2 Millionen auf die Tilgung und 1.637,4 Millionen Schilling auf die Verzinsung entfielen. An Verstärkungsmitteln waren wie im Vorjahr 200 Millionen Schilling vorgesehen.

Der in der Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 25. bis 28. Juni 1984 genehmigte Rechnungsabschluß für das Jahr 1983 ergab bei Gesamteinnahmen von 63.453,9 Millionen und Gesamtausgaben von 66.965,7 Millionen Schilling einen Abgang von 3.511,8 Millionen Schilling. Somit konnte der im Voranschlag für das Jahr 1983 ausgewiesene Abgang von 5.036,6 Millionen um 1.524,8 Millionen Schilling verbessert werden. Zur Deckung des Abganges wurden Fremdmittel in der Höhe von 1.810,4 Millionen Schilling aufgenommen, der restliche Fehlbetrag von 1.701,3 Millionen wurde auf Rechnung des Jahres 1985 vorgetragen. Der Gesamtstand der Sonderrücklagen betrug am Jahresende 3.955,2 Millionen Schilling.

Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1985, der in der Sitzung des Gemeinderates vom 10. bis 12. Dezember 1984 beschlossen wurde, rechnete bei Gesamteinnahmen von 65.753 Millionen und Gesamtausgaben von 71.257,7 Millionen Schilling mit einem Gebarungsausgang von 5.504,7 Millionen Schilling, das sind 7,7 Prozent der Gesamtausgaben (Vorjahr 7,9 %). Der Gebarungsausgang ist, soweit er nicht durch Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen einschließlich der Aufnahme von Anleihen und Darlehen ausgeglichen werden kann, ebenso wie ein allfällig sich ergebender Überschuß auf neue Rechnung vorzutragen und im Voranschlag des zweitnächsten Verwaltungsjahres zu veranschlagen.

### Finanzwirtschaft

Im Bereich des Geld- und Kreditwesens und der Fremdmittelaufnahmen wurde zu Beginn des Jahres 1984, nachdem Ende 1983 eine Globalkündigungsaktion nahezu aller Investitionsdarlehen der Hoheitsverwaltung und der Wiener Stadtwerke erfolgte, mit sieben inländischen Geldinstituten eine Neuregelung der Einlagen- bzw. Ausleihungskonditionen vereinbart, wobei bei den Ausleihungszinssätzen eine durchschnittliche Verbesserung für die Stadt Wien von zirka 1,0 Prozent p.a. erzielt werden konnte.

Im Zusammenhang mit Darlehen des Wasserwirtschaftsfonds nahm die Abteilung an einer Bundesländer-Expertensitzung in Salzburg über Fragen der Verrechnung teil, wobei zwei Anträge der Stadt Wien eingebracht und mit länder einheitlichen Stellungnahmen an den Bund weitergeleitet wurden.

Zur Abdeckung des Fremdmittelbedarfes der Wiener Stadtwerke und der Hoheitsverwaltung wurden im Jahre 1984 folgende Transaktionen durchgeführt: Für Zwecke der Wiener Stadtwerke-Elektrizitätswerke und Gaswerke wurde im Juni eine Barvorlage von 750 Millionen Schilling für drei Monate aufgenommen, dann für weitere drei Monate prolongiert und schließlich im Dezember 1984 in zwei langfristige Darlehen umgewandelt und dem allgemeinen Konditionenpaket angegliedert. Außerdem wurden für die Wiener Stadtwerke im Oktober zwei Barvorlagen von je 150 Millionen Schilling aufgenommen.

Im Hinblick darauf, daß zu Beginn des Jahres 1984 der Bund der Stadt Wien empfohlen hatte, den Schweizer Kapitalmarkt nicht in Form einer Direktmission in Anspruch zu nehmen, wurden etwa Mitte des Jahres Gespräche mit mehreren ausländischen Emissionshäusern aufgenommen, um im Wege einer sogenannten SWAP-Transaktion über eine Euro-Anleihe einen Betrag von zirka 100 bis 150 Millionen Schweizer Franken aufzunehmen. Nachdem von einem namhaften Institut ein attraktives Fixanbot erstellt wurde, konnte mit der Vorbereitung des Geschäftes begonnen werden. Durch eine unerwartete empfindliche Marktverschlechterung konnten jedoch die wirtschaftlichen Zielvorstellungen nicht erreicht werden, so daß von einem Geschäftsabschluß abgesehen wurde. Schließlich wurde im September neuerlich ein Mandat an ein ausländisches Bankhaus erteilt und nach den entsprechenden Verhandlungen die Vertragswerke über eine Canada-Dollar-Anleihe im Nominale von 81,6 Millionen Canadische Dollar zu 13 $\frac{1}{4}$  Prozent p.a. und einer Laufzeit von zehn Jahren unterschrieben. Gleichzeitig wurde eine Vereinbarung über einen Tausch dieser Verbindlichkeit gegen eine 150 Millionen Schweizer Franken-Anleihe getroffen, die mit 5 $\frac{7}{8}$  Prozent p.a. zu verzinsen ist, so daß sich die tatsächliche jährliche Gesamtbelastung für die Stadt Wien auf zirka 6,1 Prozent beläuft. Dieses äußerst günstige Geschäft wurde im Oktober 1984 anläßlich eines sogenannten „Closing-meeting“ in London perfektioniert und der Erlös der Transaktion der Stadt Wien gutgebracht. Um über die Entwicklungen der diversen ausländischen Kapitalmärkte informiert zu sein und einen Überblick über günstige Finanzierungsmöglichkeiten zu erhalten, wurden im Jahre 1984 mehr als 50 Arbeitsgespräche mit Vertretern ausländischer Banken geführt. Im Hinblick darauf, daß die Zinssatzvereinbarung des Großteils der bestehenden Ausleihungen mit Ende des Jahres 1984 auslief, wurden noch in den Monaten November und Dezember Verhandlungen mit inländischen Kreditinstituten über die weitere Konditionengestaltung aufgenommen. Im Rahmen der Zusammenarbeit der Stadt Wien mit der Österreichischen Kommunalkredit AG zur Aufschließung von Industriegelände wurden im Jahre 1984 Darlehen in der Gesamthöhe von 66 Millionen Schilling von der Stadt Wien zum Zweck der Weitergabe an Firmen bei der Österreichischen Kommunalkredit AG aufgenommen bzw. die Aufnahme in die Wege geleitet. Diese Darlehen ermöglichen die Erhaltung, aber auch die Schaffung von Arbeitsplätzen und sichern die Konkurrenzfähigkeit durch rationellere Gestaltung des Produktionsprozesses (Zentralisierung der Betriebsstätten, Neuanschaffung von Produktionsmitteln).

Zur Finanzierung des kommunalen Wohnbaues und verschiedener Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnqualität hat die Stadt Wien im Jahre 1984 136 Darlehen in der Höhe von 481,115.250 Schilling

aufgenommen, und zwar 1 Darlehen nach dem Sonderwohnbauprogramm mit 10,850.000 Schilling, 85 Darlehen nach dem Wohnbauförderungsgesetz mit 378,809.500 Schilling, 46 Darlehen nach dem Wohnungsverbesserungsgesetz mit 82,529.000 Schilling und 4 Umbaudarlehen mit 8,926.750 Schilling.

#### Krankenanstalten:

Durch die Weiterführung des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds bis Ende 1984 standen dem Fonds im Jahre 1984 gegenüber 1983 zusätzliche Mittel in der Höhe von 15 Millionen Schilling, somit insgesamt 412 Milliarden Schilling, zur Verfügung. Diese zusätzlichen Mittel wurden nach leistungsbezogenen Kriterien an die einzelnen Krankenanstalten verteilt. Im Hinblick darauf, daß der Fonds per Jahresende 1984 auslaufen sollte, fanden ab Herbst Verhandlungen über die Weiterführung statt. Sie mündeten in das positive Ergebnis, daß der Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds nunmehr um weitere drei Jahre weiterlaufen wird und neuerlich zusätzliche Mittel zur Verteilung an die einzelnen Krankenanstalten zur Verfügung stehen. 1985 werden diese im gesamten Bundesgebiet rund 690 Millionen Schilling ausmachen, wovon auf den Wiener Bereich etwa 30,0 Prozent entfallen.

#### Bürgschaften:

Die Erhaltungs- und Verbesserungsarbeiten im Rahmen des Bundesgesetzes zur Förderung der Erhaltung und Verbesserung von Wohnhäusern sowie der Stadterneuerung, das 1982 beschlossen wurde und mit Ende 1984 auslief, leisteten einen wesentlichen Beitrag zur Erneuerung und Verschönerung der Stadt. Dieses Bundesgesetz ermöglichte es privaten Hauseigentümern durch die Inanspruchnahme von Kapitalmarktdarlehen, die durch entsprechende Förderungsleistungen des Bundes und der Länder zinsgünstig waren, zusätzliche Initiativen zur Erhaltung und Verbesserung von Mietwohnhäusern zu ergreifen. Auf Grund des Beschlusses der Wiener Landesregierung vom 8. Oktober 1982 konnte das Land Wien im Sinne des § 2 Abs. 4 dieses Bundesgesetzes die Bürgschaft gemäß § 1346 ABGB übernehmen und somit die Realisierung jener Vorhaben sicherstellen, bei denen der Förderungswerber dem Kreditinstitut keine ausreichende Sicherstellung für die zur teilweisen oder gänzlichen Finanzierung des Vorhabens erforderlichen Kapitalmarktdarlehen zu bieten vermochte.

Der Haftungsrahmen, der bereits zu Beginn des Jahres 1983 von ursprünglich 50 Millionen auf 200 Millionen Schilling erhöht worden war, konnte im Dezember 1983 auf 400 Millionen Schilling erhöht werden und war am 31. Dezember 1984 mit 376,523.750 Schilling (am 31. 12. 1983: 185,619.000 Schilling) ausgenutzt.

In 241 Förderungsfällen wurde die Bürgschaft definitiv übernommen, in 106 Fällen wurde sie bereits verbindlich zugesagt. Somit konnten durch die Hilfe Wiens zusätzlich mehr als 340 Wohnhäuser saniert werden.

Im Rahmen der Kleingartenförderungsaktion, die 1983 begründet wurde, um den Grün- und Erholungsraum der Stadt zu erweitern und die Freizeitgestaltung im städtischen Bereich zu intensivieren, wurde bis jetzt für zirka 390 Fälle die Ausfallsbürgschaft gemäß § 1356 ABGB übernommen. Die derzeitige Summe der Haftungsübernahmen beläuft sich insgesamt auf 38,939.000 Schilling (per 31. 12. 1983: 22,249.000 Schilling), wovon auf Aufschließungskosten für Kleingärten 23,958.000 Schilling (per 31. 12. 1983: 14,608.000 Schilling) und auf Kleingartenhausbauten 14,981.000 Schilling (per 31. 12. 1983: 7,641.000 Schilling) entfallen.

Der Haftungsrahmen für Bürgschaftsübernahmen des Landes Wien gemäß des Wohnungsverbesserungsgesetzes mußte 1984 von 5 Milliarden auf 5,3 Milliarden Schilling aufgestockt werden und war am 31. Dezember 1984 mit 4.998,833.438 Schilling (am 31. 12. 1983: 4.275,399.561 Schilling) ausgenutzt.

#### Versicherungen:

Im Jahre 1984 mußte man wegen der Indexsteigerung im Bereich der Feuerversicherungen eine Indexanpassung bei den bestehenden Feuerversicherungen vornehmen, die vor allem den Bereich der Wohnhäuserverwaltung betraf. Infolge der vereinbarten Wertsicherung ist daher in diesem Bereich eine Unterversicherung nicht möglich.

#### Beteiligungen:

Am 3. Juni 1984 wurde der Verkehrsverbund Ost-Region eingeführt, wobei sich keine nennenswerten Probleme ergaben. In den Monaten Juni bis Oktober wurden insgesamt 221 Millionen Fahrgäste befördert, was einen Erlös von rund 1.128,000.000 Schilling brachte. Allein für die Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe ergaben sich rund 963 Millionen Schilling. Die Erhöhung der Fahrgastzahlen um 3,7 Prozent geht nicht zuletzt auf die U-Bahn zurück, auf verstärkte Kontrollen von Schwarzfahrern und die Einführung neuer Linien. Von den 25,9 Millionen Fahrgästen aus der Region benützten mehr als die Hälfte die Verkehrsmittel der Verkehrsbetriebe.

Im Dezember 1984 wurde von Bauenminister Sekanina — er vertrat den Bund — und dem Bürgermeister der Stadt Wien, Dr. Zilk, ein Übereinkommen über die Gründung einer Aktiengesellschaft für die Planung und

Errichtung von Bundesstraßen in Wien unterzeichnet. Das Grundkapital dieser Gesellschaft soll 4 Millionen Schilling betragen, wobei sich der Bund mit 3 Millionen Schilling beteiligt und die Stadt Wien mit 1 Million Schilling. Es ist das erklärte Ziel, die Verkehrsprobleme des Wiener Gürtels, der Wiener Westeinfahrt, der Südeinfahrt Wiens und des Grünen Berges so zu lösen, daß die Umweltbelastung entscheidend reduziert wird. Außerdem wird die Gesellschaft die weitere Planung und Errichtung der Donauufer-Autobahn beim Knoten Kaisermühlen und der A 24 beim Knoten Hirschstetten übernehmen.

Neubau des Allgemeinen Krankenhauses:

Die VOEST-Tochter VAMED, die Mitte 1982 mit der Fertigstellung des Allgemeinen Krankenhauses beauftragt wurde, legte im Dezember 1983 den Bauherren, nämlich der Republik Österreich und der Stadt Wien, termingerecht den Zeit- und Kostenplan für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses vor. Dieser Plan wurde in der Folge sowohl vom Hilfsorgan der ARGE-AKH, also dem Beirat, der sich aus vier Spitzenpolitikern zusammensetzt, eingehend überprüft und im November 1984 in der revidierten Fassung genehmigt, als auch in den beiden eingesetzten Unterausschüssen der Gemeinderatsausschüsse für Finanzen und Wirtschaftspolitik sowie Gesundheit und Soziales ausführlich erörtert und dem Gemeinderat empfohlen, der in seiner Sitzung am 12. Dezember 1984, Pr.Z. 3518, diesen Plan genehmigte. Von entscheidender Bedeutung war auch, daß die VOEST-Tochter VAMED verbindliche Zeit- und Kostenlimits akzeptierte, die eine völlige Inbetriebnahme der Krankenanstalt für 1992 vorsehen und die Kosten mit maximal 37,8 Milliarden Schilling auf der Preisbasis von 1983 festsetzen.

Subventionen und Beiträge:

Aus den Subventionsmitteln der Abteilung werden zunächst zahlreiche private Organisationen und Einrichtungen gefördert, die sich mit Behindertenhilfe, Pensionistenbetreuung, Sozialhilfe und Jugendwohlfahrt befassen. Dazu zählt auch die Subventionierung des Fonds „Kuratorium für psychosoziale Dienste in Wien“. Weiters werden die Geschäftsstellenkosten der Fonds „Kuratorium Wiener Jugendheime“, Kuratorium „Wiener Pensionistenheime“ und „Wiener Zuwandererfonds“ bestritten, aber auch wirtschafts- und berufsfördernde sowie wirtschafts- und sozialwissenschaftlich tätige Institute unterstützt. In den Sitzungen des Gemeinderatsausschusses Finanzen und Wirtschaftspolitik und des Gemeinderates — beides Organe, die laut Verfassung für die Genehmigung von Förderungsausgaben der Finanzverwaltung zuständig sind — wurden 1984 Subventionen und Beiträge in der Gesamthöhe von rund 188,806.200 Schilling bewilligt, wovon auf die Förderung von Investitionsvorhaben etwa 93 Millionen Schilling entfielen. Zu diesen Vorhaben zählte etwa die Errichtung der Jugendherbergen in 7, Myrthengasse 7, und in 20, Friedrich-Engels-Platz, die durch den „Verein Wiener Jugendherbergen“ unterstützt werden, wobei insgesamt 26,260.000 Schilling an Bauraten für 1984 und die Einrichtung zur Verfügung gestellt wurden. Nicht zuletzt wurden auf Grund von Dauerbeschlüssen des Gemeinderates im Jahre 1984 für Mitgliedsbeiträge und sonstige Beiträge insgesamt etwa 147,182.700 Schilling ausgegeben.

## Rechnungsamt

Im Jahre 1984 setzte die Abteilung ihre Vortragstätigkeit im Rahmen der MD-Verwaltungsakademie fort. Es wurden Vorträge mit dem Ziel einer verbesserten Dienststelleninformation über die Serviceangebote der Abteilung, Kurse zur abteilungsinternen Schulung der Bediensteten des Rechnungsamtes und Vorträge über Fachgebiete, die über den Rahmen des Rechnungsamtes hinaus von allgemeinem Interesse sind, angeboten und infolge der hohen Zahl von Anmeldungen zum Teil mehrmals wiederholt. Die Vorträge bezogen sich auf folgende Themen:

- Einbringung von Forderungen (mit praktischen Beispielen)
- Verlagsvorschrift 1981 und ihre Anwendung in der Praxis
- Kassenführung in der Praxis
- Möglichkeiten besserer Dienststelleninformation aus den EDV-Daten der Buchhaltungsabteilungen
- Praktische Anwendung der Steuergesetze (BAO, UStG, EStG, KStG, Investitionsprämien-gesetz, Steuerprüfung)
- Erstellung des Voranschlags mit Hilfe der EDV
- Grundlagen der Bauabrechnung
- Einführung in die doppische Verrechnung (einschließlich Erstellung der Bilanz)
- Behandlung von Eingangsrechnungen von der Einreichung bis zur Zahlung
- Haushaltsverrechnung der Abteilung, Informationsangebote der Buchhaltungsabteilung XIV im Rahmen eines Seminars zur Ausbildung der Materialbeamten der MA 17 — Anstaltenamt
- Fortbildungskurs für Fachbeamte des Verwaltungsdienstes der Abteilung
- Fortbildungskurs für Kanzleibedienstete der Abteilung.

Die Interne Dienstvorschrift für den Buchhaltungsdienst über die systemgerechte Verarbeitung der Geschäftsfälle nach den Bestimmungen der VRV (Verarbeitungsvorschrift — VV) wurde um den Band 6, „Stichwortverzeichnis“, erweitert. Dieses Verzeichnis umfaßt derzeit folgende Vorschriften:

- Besondere rechtliche Vertragsbedingungen der Stadt Wien für die Ausführung von technischen Arbeiten und Lieferungen
- Wiener Stadtverfassung und Geschäftsordnung für den Magistrat der Stadt Wien, Sonderbestimmungen für das Kontrollamt und für die Betriebe, soweit diese Sonderbestimmungen auszugsweise in den Anhang zur Haushaltsordnung aufgenommen wurden
- Haushaltsordnung (Neufassung)
- Inventarvorschrift für den Magistrat der Stadt Wien
- Kollaudierungsvorschrift
- Klassenvorschrift
- Verlagsvorschrift
- ÖNORMEN B 2061, B 2110, B 2111, B 2112
- Verarbeitungsvorschrift

Die EDV-Unterstützung bei der Erstellung des Voranschlages wurde hinsichtlich der Erläuterungen zu den Teilvoranschlagsentwürfen um die sogenannten „Sachkrediterläuterungen“ erweitert. Diese Erläuterungen, die bei jenen Investitionsposten ausgedrückt werden, zu denen Sachkredite genehmigt wurden, enthalten alle erforderlichen Informationen für die Perlustrierung der Bauraten.

Durch die Änderung des Umsatzsteuergesetzes 1972 (neue Steuersätze) mußten alle von der Änderung betroffenen EDV-Programme der Haushaltsverrechnung entsprechend abgeändert werden.

Die Zentralbuchhaltung übernahm die Verrechnung der Erstdotationen sowie der Erhöhungen, Herabsetzungen und Auflösungen von stehenden Verlägen. Durch diese Maßnahme wurde eine klare Trennung zwischen Dotation, Veränderung und Auflassung einerseits (Zentralbuchhaltung) und den laufenden Verlagsergänzungen andererseits (jeweils zuständige Buchhaltungsabteilung) geschaffen. Die Verrechnung erfolgt über das in der Zentralbuchhaltung installierte EDV-Subsystem. Durch diese neu geschaffene, maschinell geführte Evidenz der Verlagsgebarungen ist auch die automatische monatliche Abstimmung der Bundesstempelmarkenverläge mit der Stadthauptkasse möglich.

Im Bereich der Hinterlegungen konnte für die Gebarung mit Haftbriefen, also mit Bankgarantiebriefen, Rücklaßversicherungspolizzen, eine neue EDV-gerechte Organisation des Arbeitsablaufes entwickelt werden. Nach der Erstellung der erforderlichen EDV-Programme und Prozeduren mußten im Oktober 1984 innerhalb kürzester Frist rund 4.000 Haftbriefe von rund 120 verschiedenen Geld- bzw. Versicherungsinstituten erfaßt werden. Bereits Anfang November 1984 konnte die maschinelle Verrechnung der Haftbriefe in vollem Umfang aufgenommen werden.

Der Buchhaltungsabteilung I-Personalbezüge und Gehaltsvorschüsse wurde aus organisatorischen Gründen mit 1. Jänner 1984 die Verrechnung einiger Ansätze, die bis zu diesem Zeitpunkt durch die Buchhaltungsabteilung III-Kultur, Sport und Bürgerservice erfolgte, übertragen. Nunmehr werden also sämtliche Ansätze für Dienststellen der Magistratsdirektion (ausgenommen MD-Automatische Datenverarbeitung) in der Buchhaltungsabteilung I verrechnet.

In der Buchhaltungsabteilung III-Kultur, Sport und Bürgerservice wurde die Einnahmengarung der Musiklehranstalten (Fakturierung mit Erstellung vorcodierter Zahlscheine, automatische Beleglesung, automatische Rückstandsbetreuung) automatisiert. Aus steuerrechtlichen Gründen wurden für den im Verwaltungsjahr 1982 im Hoheitsbereich verrechneten Ansatz 3400 MA 10 — Museen der Stadt Wien die Vorsteuer- und Umsatzsteuerbeträge ermittelt. Die Nacherfassung ergab eine Umsatzsteuer-Gutschrift für die Stadt Wien in der Höhe von etwa 1,1 Millionen Schilling.

In der Buchhaltungsabteilung IV-Sozialwesen, Jugendamt wurde die dienststellenbezogene Gebarung „Mietbeihilfen“ dahingehend erweitert, daß einerseits jene Vorsteuerbeträge geltend gemacht werden können, die aus einer Mietbeihilfenleistung auf Grund von Mietenvorschreibungen von privaten Vermietern resultieren, und andererseits die Mietbeihilfen an Gemeindemieter entgeltmindernd mit dem Finanzamt verrechnet werden können. Aus den Vorsteuerbeträgen bzw. Entgeltminderungen wird der Stadt Wien jährlich ein finanzieller Vorteil von zirka 12 Millionen Schilling erwachsen.

Die im Verband der Buchhaltungsabteilung V-Planung, Wohnhaus-, Verkehrs- und Wasserbau, baubehördliche Angelegenheiten und Heizwerkstätte zur Verrechnung übertragener Bundesgebarungen (Bundesstraßen, Schnellstraßen und Autobahnen) eingerichtete „Buchhaltung Bund beim Amt der Wiener Landesregierung“ wurde im Zuge einer Reorganisation der Datenverarbeitung des Bundes mit einem Bildschirm und einem Drucker, die als Ersatz für den bisher verwendeten Fernschreiber dienen, ausgestattet. Der tatsächliche Betrieb mit den neuen Geräten konnte nach einem äußerst kurzen Parallel-Testbetrieb am 20. November 1984 aufgenommen werden.

Die Förderungsaktion „Lärmschutz-Maßnahmen“ des Bundes wurde in so hohem Maße in Anspruch

genommen, daß der Personalstand der Gruppe „Buchhaltung Bund“ aufgestockt werden mußte. Die dafür notwendigen Bediensteten konnten durch abteilungsinterne Organisationsmaßnahmen bereitgestellt werden.

Für den Bereich der dienststellenbezogenen Gebarung der Buchhaltungsabteilung VI-Stadtreinigung und Fuhrpark wurden 1984 folgende Projekte zum Abschluß gebracht:

- „Zusätzliche Müllabfuhr“: Automatische Überrechnung der Vorschreibungsdaten von der MA 48 — Stadtreinigung und Fuhrpark, Fakturierung und Druck vorcodierter Zahlscheine für die automatische Belegung, automatische Rückstandsbetreuung (Mahnung, versuchsweise Einhebung, Dienststellenverständigung nach erfolglosem Einhebungsversuch, Urgenz der Abschreibungsordnung, Rückstandsliste).
- „Abschleppungen“: Die bestehenden Programme dieser Gebarung wurden für eine getrennte Verrechnung der Kosten für die Entfernung und für die Verwahrung der Fahrzeuge adaptiert. Mit dieser getrennten Verrechnung wird die vom Kontrollamt empfohlene gesonderte Ermittlung der Faktoren für die Kostendeckungsberechnung ermöglicht.

Überdies wurde der MA 48 wunschgemäß ein Bildschirm für die Abfrage des Protokoll-, Personenkonto- und Haushaltskontobestandes der Buchhaltungsabteilung VI zur Verfügung gestellt.

Die in den Geschäftsbereich der Buchhaltungsabteilung XII-Zentraler Einkauf, Markt- und Veterinärwesen, Schlachthöfe fallende Vorschreibung und Verrechnung der Marktgebühren wurden in Zusammenarbeit mit der MD-Automatische Datenverarbeitung einer EDV-Lösung zugeführt. Durch diese Umstellung konnte der überalterte und störungsanfällige Magnetknotencomputer ersetzt werden.

Auf Grund einer Reihe von Leistungstests und der in der Praxis gesammelten Erfahrungen wurde das in der Buchhaltungsabteilung XIV-Gesundheitswesen installierte VAX-Computer-System durch ein System der Firma Philips ersetzt. Somit werden nunmehr einheitlich Maschinenkonfigurationen desselben Erzeugers in den Buchhaltungsabteilungen verwendet.

Durch die Verwendung baderbezogener Betriebsaufteiler bei jeder Haushaltsbuchung in der Buchhaltungsabteilung XVI-Bäder und die entsprechende Gliederung der Bestands- und Erfolgsverrechnung wurde die Möglichkeit geschaffen, für jedes städtische Bad gesondert die kaufmännische Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung zu erstellen. Diese Neuorganisation soll der MA 44 — Bäder einen besseren Vergleich der Betriebsergebnisse der einzelnen Bäder ermöglichen.

Im Jahre 1984 wurde die aktive Mitarbeit von Fachbeamten der Kollaudierungsabteilung in verschiedenen Arbeitskreisen intensiviert. So wurde ein Bediensteter der Kollaudierungsabteilung vom Magistratsdirektor zur Wahrung der Interessen der Stadt Wien in die folgenden Fachnormenausschüsse beim Österreichischen Normungsinstitut nominiert:

- Vergabe und Verdingungswesen mit den Arbeitsgruppen „Erstellung von Grundlagen für die Umrechnung veränderlicher Preise von Leistungen der Haustechnik“ und „Überarbeitung der ÖNORM 2061“ sowie
- Leistung der Haustechnik.

In der Abgabeverrechnung fanden 1984 keine generellen Gebührenveränderungen statt, so daß das Hauptaugenmerk auf organisatorische Verbesserungen bzw. auf die Intensivierung des Abgabenerfolges gerichtet werden konnte.

Die seit Beginn der EDV-Verrechnung der Abgaben verwendeten Datenerfassungsgeräte in den Stadtkassen, mit denen nicht automatisch weiterverrechenbare Buchungen erfaßt wurden, mußten durch ein neues Erfassungsmittel ersetzt werden. Da der Vertrag mit dem Rechenzentrum, das bisher die erfaßten Daten EDV-mäßig aufbereitete (Streifenlesung), per 1. September 1984 gekündigt wurde, wurden ab diesem Zeitpunkt die Daten direkt über Bildschirm in den Stadtkassen bzw. der Abgabenhauptverrechnung eingegeben. Für diese Eingaben mußten aus Gründen der Gebarungssicherheit umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen (z.B. Parallelerfassung) getroffen werden. Durch die Installierung von zusätzlichen Bildschirmen und Druckern wurde die Eingabe wesentlich beschleunigt und somit erste Schritte zur täglichen Verrechnung (derzeit wöchentlich) unternommen. Um dieses Ziel in den nächsten zwei Jahren erreichen zu können, muß aber das zehn Jahre alte EDV-Konzept hinsichtlich Dateioorganisation, Speicherform, Änderungsdienst und Buchungssystematik den heutigen technischen Möglichkeiten angepaßt werden.

Bei der Abgabe auf unvermietete Wohnungen wurde durch verschiedene Maßnahmen versucht, den Abgabenerfolg anzuheben. So wurden die Personendaten mit denen der Grundsteuer verglichen und Adressen ergänzt. Ferner wurden die Akten nach verschiedenen Gesichtspunkten perlustriert und z.B. Objekte mit gemeinsamem Gebäudeverwalter zur Revision bereitgestellt. Zusätzlich wurden die bei der Einführung der Abgabe erhaltenen Erhebungsbögen mit der Jahreserklärung verglichen und bei Differenzen (unvermietete Wohnungen) der Revisionsstelle übermittelt.

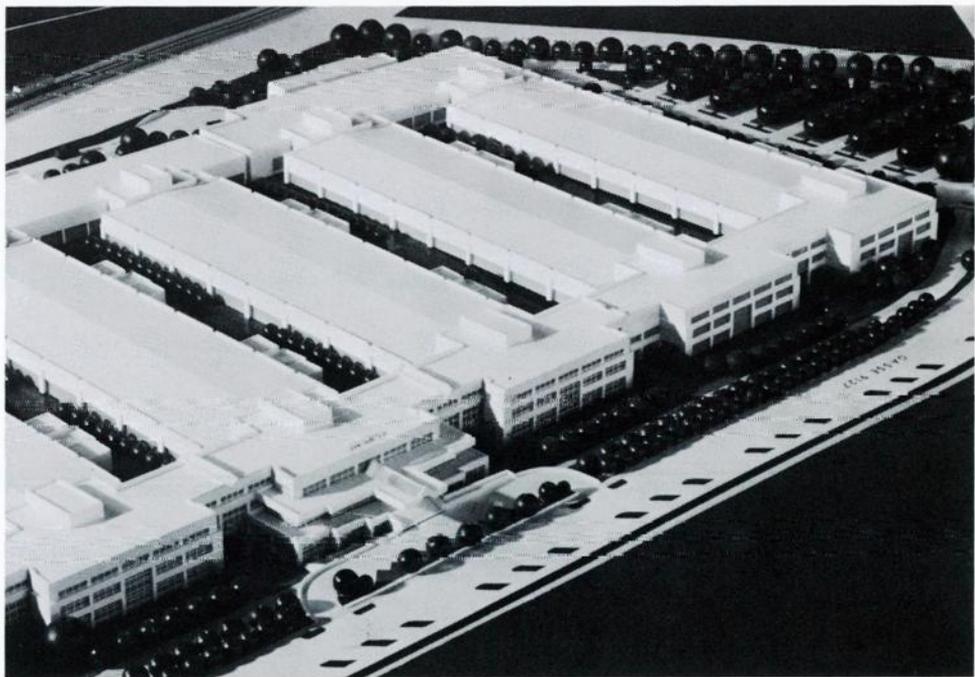
Um bei den Selbstbemessungsabgaben die Überprüfung durch die Revisionsstelle der MA 4 — Allgemeine Finanz- und Wirtschaftsangelegenheiten; Abgaben effizienter gestalten zu können, wurden in den Stadtkassen vermehrt der Bezug zwischen verschiedenen Bemessungsakten ein und desselben Abgabepflichtigen hergestellt bzw. bei Revisionsersuchen die entsprechenden Bezugsakten festgestellt. Zusätzlich wurde ab 1984 auf den Abgabekonten bei allen Revisionen ein Revisionsbeamtenkennzeichen eingegeben, so daß nachträglich auch



Vizebürgermeister Hans Mayr (Amtsführender Stadtrat für Finanzen und Wirtschaftspolitik) bei der Ziehung der Gewinner der Preisausschreiben im Rahmen der Aktion „Einkauf in Wien“

#### Finanzen und Wirtschaftspolitik

Die größte Betriebsansiedlung des Jahres 1984, das neue Philips-Elektronikwerk, entsteht im 10. Bezirk auf den Wienerberggründen. Auf einem Areal von über 120.000 m<sup>2</sup>, das von der Stadt Wien zur Verfügung gestellt wurde, wird mit Investitionen von rund 2 Milliarden Schilling eine der modernsten Werkanlagen Österreichs errichtet





Frau Amtsführender Stadtrat Ingrid Smejkal (am 10. September 1984 vom Gemeinderat zum neuen Amtsführenden Stadtrat für Bildung, Jugend und Familie gewählt) eröffnet ein Kindertagesheim im 2. Bezirk, Engerthstraße 152a

#### Jugendamt

Im neuen Kindertagesheim im 11. Bezirk, Kaiser-Ebersdorfer-Straße 92, werden zwei Kleinkinderkrippen, eine Kindergartengruppe und eine Hortgruppe geführt



ohne Bemessungsakt über Bildschirm das Revisionsorgan festgestellt werden kann. Im Einvernehmen mit der Revisionsstelle versuchte man auch, bei den Revisionsfällen eine kontinuierliche Arbeitsbelastung zu erreichen. Zu diesem Zweck werden in Hinkunft Konten von aufrechten Betrieben, die kein Steueraufkommen mehr haben, im aktuellen Datenbestand belassen. Sie werden über Bildschirm gekennzeichnet, dadurch von verschiedenen automatischen Aussendungen ausgenommen und erst anlässlich der periodischen Revision überprüft. Durch diese Maßnahme wird die anlässlich der Jahresaussendung anfallende Arbeitsspitzenbelastung auf die nächsten fünf Jahre verteilt.

Bei der Gebrauchsabgabe wurde die Kompetenz zur Bewilligung von Zahlungserleichterungen bzw. Nachsicht von Nebenansprüchen von der MA 35 — Allgemeine baubehördliche Angelegenheiten den Stadtkassen (Abgabenhauptverrechnung) übertragen, um eine raschere Erledigung der Ansuchen zu erreichen.

Bei der Parkometerabgabe stieg die Anzahl der Organmandate und in der Folge der Strafverfügungen bzw. Straferkenntnisse so beträchtlich, daß Ende 1984 bereits 74.000 Parkometer-Strafkonten verwaltet wurden.

Ab 1984 wurden auch alle anderen Abgabenstrafen und die Strafen der MA 7 — Kulturamt mit Hilfe der EDV verrechnet, so daß Ende 1984 in der Abgabenhauptverrechnung etwa 90.000 Strafkonten, das sind um 32 Prozent mehr als 1983, verrechnet wurden.

Wenn auch die Entwicklung bei der Erhebung der Landes- und Gemeindeabgaben zufriedenstellend verlief und die Zuwachsraten sich im Rahmen der Vorjahre bewegten, ist die Rückstandsentwicklung bei einigen Abgaben unbefriedigend. So stiegen die Rückstände an Getränkesteuer von 1983 bis 1984 von 11,5 auf 14,1 Millionen Schilling, das sind 22 Prozent. Seit Einführung der Jahreserklärung 1981 sind die Rückstände um 170 Prozent gestiegen. Die Rückstände an Lohnsummensteuer stiegen von 1983 bis 1984 um 10 Prozent und seit 1981 um 52 Prozent. Im gleichen Zeitraum stiegen die Anzeigenabgaberrückstände um etwa 80 Prozent und seit 1980 um 230 Prozent. Die Rückstände an Vergnügungssteuer stiegen trotz Rückgang des Abgabenerfolges um 9 Prozent. Seit dem Jahre 1980 konnte zwar der Abgabenerfolg verdreifacht werden, die Rückstände stiegen aber auf das Zwölfwache und erreichten bereits 14 Prozent des Abgabenerfolges.

Vom Erhebungs- und Vollstreckungsdienst wurden annähernd gleich viele Akten wie 1983 erledigt, und zwar etwa 174.000. Der eingehobene Betrag erhöhte sich gegenüber 1983 um 17 Millionen Schilling auf rund 180 Millionen Schilling.

Die nachstehende Arbeitsstatistik zeigt die Leistungen der einzelnen Dienstgruppen des Rechnungsamtes im Jahre 1984:

#### Buchhaltungsdienst

	Stück
Eingangsrechnungen .....	568.200
Einnahmebelege .....	85.200
Buchungsposten	
EDV-Subsysteme .....	1.825.900
Sonstige .....	1.041.000
Stammdatenanlagen und -änderungen .....	223.400
Bildschirmabfragen und Programmaufrufe .....	391.000
Mahnungen, Pfändungen, versuchsweise Einhebungen .....	28.700
Posten aus Abrechnungen und Barverlägen; Prüfung und Verrechnung von Arbeitsscheinen, Materialausfolgescheinen und Fahrtausweisen; rechnerische Prüfung von Ruhe- und Versorgungsberechtigungen; Prüfung und Vergebührung von Lenker- und Fahrzeugprüfungen sowie von Pflanzenschutzkontrollen des Stadtgartenamtes; Erstellung von Tilgungsplänen und Zinsstaffeln; Zählung von fällig gewordenen Wertpapierkupons u. dgl.	9.778.800
Bearbeitete Dienststücke .....	279.300

#### Stadtkassen und Abgabenhauptverrechnung

	Stück
Kontenanzahl .....	614.300
Eingelangte Einzahlungsbelege .....	1.361.300
Eingelangte Abgabenerklärungen .....	149.500
Mahnungen .....	10.500
Vollstreckungsanträge .....	66.800
Aufforderungen und Erinnerungen wegen Nichteinzahlung bzw. Nichteinbringung von Steuererklärungen .....	52.600
Bescheide über Verspätungszuschläge wegen verspäteter Vorlage von Steuererklärungen ..	4.600
Zwangsstrafen wegen Nichteinbringung von Steuererklärungen .....	3.200

Verhängte Säumniszuschläge wegen verspäteter Zahlungen .....	Stück	9.800
Lochvorlagen .....		137.000
Klarschriftdrucker bzw. Bildschirmeingaben .....		624.900
Kontoauszüge .....		1,128.000
Stammdatenänderung über Bildschirm .....		57.800

#### Stadthauptkasse

Ausbezahlte Kontrahentenrechnungen und Anweisungen .....	Stück	551.600
Ausgefertigte Bar-Empfangsanweisungen .....		6.800
Verrechnete Posterlagsscheine und Banküberweisungen (Einnahmen) .....		131.300
Ausgefertigte und verrechnete Scheck- und Banküberweisungen (Ausgaben) .....		725.700
Bearbeitete Verbote .....		107.200
Bargeldumsätze in der Kassenstelle:		
Geldgebarung .....	Schilling	468,205.000
Wertmarkenverkauf .....		57,138.000
Drucksortenverkauf an Parteien .....		722.000
Gebarung in der Drucksortenstelle:		
An Dienststellen ausgegebene Drucksorten im Werte von .....		21,322.000
An Dienststellen ausgegebene Straßenbahnfahrtscheine im Werte von .....		6,478.000
Ausgegebene allgemeine Drucksorten .....		
	Stück	9,998.000

## Zentraler Einkauf

Der MA 54 — Zentraler Einkauf obliegt gemäß der Geschäftseinteilung für den Magistrat der Stadt Wien die Beschaffung, Zuweisung und Instandhaltung der sachlichen Erfordernisse für die städtischen Dienststellen (Ämter, Anstalten und Betriebe) und Schulen, ausgenommen insbesondere Sportgeräte, Kraftfahrzeuge, klimatechnische Anlagen, Elektroanlagen und die von der Magistratsdirektion für einzelne Dienststellen festgesetzten Spezialerfordernisse. Außerdem hat die Abteilung den Ankauf und die Einlagerung von Bau- und Werkstoffen und deren Abgabe an städtische Verbrauchsstellen zu besorgen. Ferner stehen ihr auch die Verbrauchsüberwachung und die Bedarfsprüfung einer Reihe von Sacherfordernissen zu.

Für die Warenlagerung standen das Zentrallager in 16, Hasnerstraße 123—125, und der Baustofflagerplatz in 3, Erdberger Lände 90, zur Verfügung. Darüber hinaus wurden auch Konsignationslager bei einzelnen Firmen beaufsichtigt. Weiters hat die Abteilung die Führung des Werkstättenbetriebes im Zentrallager, das heißt der Tischlerei, der Anstreicherwerkstätte und der Schlosserei, über. Insgesamt waren rund 170 Bedienstete beschäftigt.

Die Abteilung ist ein betriebsmäßig geführter Verwaltungszweig, der seit 1. Jänner 1973 im Sinne des UStG, BGBl. Nr. 223, als Betrieb gewerblicher Art anzusehen ist. Die gesamten Einnahmen und alle Aufwendungen (Sach- und Personalaufwand) werden auf dem Ansatz 8200 „Zentraler Einkauf“ veranschlagt; der allgemeine Sachaufwand für die Dienststellen der Hoheitsverwaltung wird jedoch getrennt auf einer besonderen Ausgabenpost veranschlagt. Allgemein anordnungsberechtigt ist nur die Abteilung, der grundsätzlich die Beistellung der Sacherfordernisse für die Dienststellen obliegt. Sie ist ferner gemäß der Geschäftseinteilung auch noch mit der Führung der städtischen Bäckerei beauftragt, die betriebsmäßig verrechnet wird und gleichfalls seit 1. Jänner 1973 im Sinne des UStG 1972 als Betrieb gewerblicher Art anzusehen ist. Der Gesamtumsatz betrug im Jahre 1984 rund 1.162,670.000 Schilling, wobei in allen genannten Geldbeträgen die Mehrwertsteuer enthalten ist.

Um wirtschaftliche Vorteile für die Stadt Wien beim Einkauf zu erzielen, wurden die Kontakte zwischen der Abteilung und der Einkaufsabteilung der Wiener Stadtwerke weiter intensiviert. Grundsätzlich werden nur Gespräche über jene Artikel geführt, für deren Beschaffung einer der Gesprächspartner einen die Wertgrenze nach § 88 Abs. 1 lit. e der Wiener Stadtverfassung übersteigenden Betrag, derzeit 1,030.000 Schilling, aufwenden wird. Die Kontakte werden gehalten, um teilweise gemeinsam Ausschreibungen vorzunehmen, vor allem aber um bei einzelnen Artikeln Preis und Qualität zu vergleichen. Da von der Abteilung die größeren Mengen beschafft und dadurch günstigere Preise und Konditionen erzielt werden, ergeben sich daraus Vorteile für die Wiener

Stadtwerke. Die Zusammenarbeit in bezug auf Preis- und Qualitätsvergleich und Beschaffung betraf im Jahre 1984 vor allem Schuhe, Textilien, Papierwaren und Bürobedarfsartikel.

Gemäß § 5 Abs. 4 des Invalideneinstellungsgesetzes 1969, BGBl. Nr. 22/1970, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 111/1979, sind Dienstgebern, die Aufträge an Einrichtungen erteilen, in denen überwiegend Schwerbehinderte tätig sind, 30 Prozent des Jahresrechnungsbetrages der Aufträge auf die Summe der Ausgleichstaxe, die für das entsprechende Kalenderjahr vorzuschreiben ist, anzurechnen. Auf Grund dieser Bestimmungen hat die Abteilung sämtliche Aufträge an Einrichtungen im Sinne des § 5 Abs. 4 des Invalideneinstellungsgesetzes 1969 in Evidenz zu halten und die entsprechenden Unterlagen der MA 1 — Allgemeine Personalangelegenheiten jeweils zu Jahresbeginn vorzulegen. Wie aus den Arbeits- und Bestellscheinen zu ersehen ist, wurden im Jahre 1984 Aufträge im Wert von insgesamt 929.355 S an diese Einrichtungen vergeben. Vergleicht man diesen Betrag mit dem des Vorjahres, so ist eine Zunahme um fast das Dreifache festzustellen.

Da bei Vergaben ab einer Wertgrenze von 200.000 S bereits öffentliche Ausschreibungen vorgenommen werden müssen, erhöhte sich bei einzelnen Referenten der Arbeitsumfang. So wurden im Jahre 1984 insgesamt Ausschreibungsunterlagen in einem Gesamtwert von rund 138.000 S verkauft.

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die ab 1. Jänner 1984 in Kraft getreten ist, wirkte sich auch belastend auf die von der Abteilung zu verwaltenden Ansätze aus.

Am Tag der offenen Tür wurde erstmals beim Rathaus ein Stand in Form eines Flohmarktes eingerichtet, an dem skartierte Gebrauchsgegenstände des Zentrallagers abverkauft wurden. Die Einrichtung eines Arbeitsplatzes mit dem neuen Büroverwaltungssystem IBS wurde genehmigt; mit den Vorarbeiten konnte bereits begonnen werden. Die Erweiterung des Lagers der MA 56 — Städtische Schulverwaltung im Objekt in 20, Dresdner Straße 75, um etwa 1.000 m<sup>2</sup> kam nicht zustande. Als Ersatz stellte die Abteilung Räumlichkeiten im Ausmaß von rund 500 m<sup>2</sup> im Zentrallager zur Verfügung.

Die Gruppenleitung für die Abteilung hat veranlaßt, nach Ermittlung des Bestbieters bei Ausschreibungen auch zu prüfen, ob die Preise angemessen sind. Über die Preisangemessenheit ist anschließend im Akt ein entsprechender Vermerk zu machen. Weiters soll ausführlich begründet werden, warum allfällige Alternativangebote nicht berücksichtigt wurden. Durch diese Maßnahmen beabsichtigt man, alle wesentlichen Vorgangsweisen eines Ausschreibungsaktes transparenter zu gestalten. In Zusammenarbeit mit der Gruppenleitung wurde weiters vereinbart, daß bei öffentlichen Ausschreibungen der Abgabetermin eine halbe Stunde vor dem Eröffnungstermin festzulegen ist, wodurch der Referent eine halbe Stunde Zeit hat, die Ausschreibungsakten zu ordnen. Außerdem wurde eine Sonderdrucksorte aufgelegt, auf der einlangende Angebote zur jeweiligen Ausschreibung bereits in der Kanzlei eingetragen werden. Auch diese Maßnahmen stellen eine Verbesserung der bisherigen Ausschreibungsmodalitäten dar.

Durch den Erlaß der Magistratsdirektion vom 29. Februar 1984, MD-2021-2/83, wurde der MA 48 — Stadtreinigung und Fuhrpark die Beschaffung von Auftaumitteln und Streusplitt für den eigenen Geschäftsbereich übertragen. Desgleichen kann auch die MA 52 — Verwaltung der städtischen Wohn- und Amtsgebäude Streusand für die Betreuung der Gehsteige im Winter besorgen. Den Ankauf der Auftaumittel und des Streusplitts für die übrigen Dienststellen führt weiterhin die Abteilung durch.

Die städtischen Krankenanstalten, Pflege- und Jugendheime wurden mit lagerfähigen Lebensmitteln beliefert, außerdem waren für die städtische Bäckerei die notwendigen Rohmaterialien zu besorgen. Im Jahre 1984 wurden 6.179 Bestellscheine ausgestellt und mit einem Betrag von 68,627.520 S 3,238.308 kg Lebensmittel eingekauft.

Für die Versorgung der städtischen Dienststellen mit Verbandstoffen und Medikamenten im Rahmen der Aktion „Erste Hilfe“ wurden 667.294 S ausgegeben. Die Dauerbefürsorgten der Stadt Wien erhielten bei Faschings- und Muttertagsfeiern Lebensmittel im Wert von 162.020 S. Beim Weihnachtsfest wurde dieser Personenkreis mit Lebensmittelpaketen im Wert von 837.542 S beschenkt. Für die Weihnachtsfeiern, die in den diversen Pensionistenklubs abgehalten wurden, konnten 16.500 Briocheblocks im Wert von 270.238 S beschafft werden.

Ab 1984 wurde die Umsatzsteuer für Lebensmittel von 8 auf 10 Prozent und für Getränke von 18 auf 20 Prozent erhöht, was sich auf den Einkauf belastend auswirkte. Bei Mehl, Zucker und Salz waren nur geringe Preiserhöhungen zu verzeichnen. Stärker gestiegen sind die Preise bei Kakao, Kaffee und Kaffeemitteln, Schokolade und Zuckerwaren, Margarine, Kartoffelprodukten, Suppen und Saucen, Marmeladen und Kompotten, diversen Kindernährmitteln und Fruchtsäften. Flüssiger Süßstoff, Kandisin und Sacharin konnten um 3,5 bis 5,7 Prozent billiger eingekauft werden. Preisermäßigungen wurden auch bei einigen Fischkonserven, Nußkernen, Mandeln und Mohn ausgehandelt. Auch Essig konnte im Rahmen einer Ausschreibung um 19 Prozent billiger eingekauft werden. Gleichbleibende Preise wurden bei Grieß- und Eierteigwaren, Rum, Öl, Diabetiker-Marmelade in Portionen und Senf in Großgebinden festgestellt.

Textilien und Leder wurden für städtische Dienststellen im Wert von 89,298.372 S bestellt, wie nachfolgende Aufstellung zeigt:

	Schilling
16.850 m Woll- und Mischgewebestoffe .....	3,582.060
4.440 Stück Anstalts- und Kinderdecken .....	1,455.780
6.000 Stück Säuglingsdecken .....	299.520
94.265 m Leinenstoffe .....	6,062.220
532.815 m Baumwollstoffe .....	24,038.570
127.005 Stück Frotteewaren .....	4,983.839
167.000 Stück Windeln .....	2,033.440
3.430 m Futter- und Einlagestoffe .....	90.890
10.728 kg Garne, Spagete und Seile .....	1,689.535
711.850 m Litzen, Bänder, Gurte und Schnüre .....	459.220
Zwirne, Schlingwolle und Nähseide .....	1,369.165
Nadlerwaren, Reißverschlüsse .....	612.790
Knöpfe und Abzeichen .....	412.011
175.167 Stück Strick- und Wirkwaren (einschließlich Säuglingswäsche) .....	7,714.265
24.788 Paar Socken, Strümpfe, Strumpfhosen, Handschuhe und Hosenträger .....	796.055
80.847 Stück fertige Berufskleidung und Wäschestücke .....	17,361.747
6.847 Stück fertige Oberbekleidung .....	3,198.254
Textilien .....	1,215.278
4.255 Stück Federn- und Kunstfaserpölster, Steppdecken .....	821.065
Vorhangstoffe .....	2,393.706
Möbelstoffe .....	404.253
Teppiche und Bodenbeläge .....	369.392
Schuhe, Stiefel, Turn- und Hausschuhe .....	4,694.940
Lederwaren, Leder in Stücken .....	1,587.600
1.003 Stück Regenmäntel und Regenschutzbekleidung .....	314.670
Plastikwaren .....	1,338.107

Lohnarbeiten wurden in der Höhe von 12,085.200 S vergeben, und zwar:

	Schilling
10.750 Stück Oberbekleidung .....	3,618.976
57.588 Stück Wäsche und Berufsbekleidung .....	1,781.047
3.561 Stück Dienstkappen .....	576.762
825 Stück Fahnen .....	159.241
69.870 m Baumwoll- und Leinenstoffe ausrüsten .....	1,250.210
Tapeziererarbeiten (Nähen und Montage von Vorhängen) .....	1,167.267
Reparaturen von Uniformen .....	287.376
Reinigung von Vorhängen, Wäsche, Teppichen und Uniformen .....	2,954.339
Reparaturen von Schuhen und Stiefeln sowie dazugehöriges Leder .....	270.000
Reparaturen von diversen Taschen .....	19.982

Der Gesamtumsatz betrug 101,383.572 S und ist um rund 2 Prozent höher als im Vorjahr.

Der Bedarf an Frotteewaren, fertiger Berufsbekleidung, diversen Plastikwaren sowie die Konfektionierung der Oberbekleidung sind gestiegen. Da im Jahre 1983 für die Umrüstung der MA 68 — Feuerwehr und Katastrophenschutz mehr Stoff aus Mischgewebe benötigt wurde, ist der Anteil an Woll- und Mischgewebestoffen für 1984 wieder gesunken. Der Bedarf an Windeln war ebenfalls wesentlich geringer. Die Preiserhöhungen betragen zwischen 2 und 10 Prozent, einzelne Artikel, wie z.B. Windeln, Futterstoffe, Frotteewaren, Socken und Strümpfe, Möbelstoffe und Regenschutzbekleidung, konnten zu gleichen Preisen eingekauft werden.

In Zusammenarbeit mit den einzelnen Magistratsabteilungen wurden diverse Bekleidungsstücke, besonders Dienstbekleidung, getestet und in der Folge ausgetauscht. So wurde in Kooperation mit der MA 1 — Allgemeine Personalangelegenheiten und der MA 17 — Anstaltenamt die Bekleidung der Bediensteten der Rettung nach wirtschaftlichen und praktischen Gesichtspunkten geändert. Nach längerer Erprobung erhielten die Bediensteten neue Anoraks, Hemden und Hemdblusen. Die geänderten Schnitte für die Anzüge werden noch getestet. Für die MA 17 — Anstaltenamt wurden nach langjährigen Versuchen neue, wasserfeste und rutschsichere Damenarbeitschuhe gekauft. Die Portiere erhielten an Stelle der Kurzmäntel, die sie bisher trugen, Mäntel mit herausnehmbarer

rem Innenfutter. Zum Schutz der Patienten laufen seit Anfang 1984 umfangreiche Versuche, die Ausstattung der Betten für die Krankenanstalten schwer entflammbar zu gestalten. Zu diesem Zweck wurden im ersten Quartal 1984 Brennversuche durchgeführt. Da das Ergebnis zufriedenstellend war, wurde der Ankauf einer bestimmten Menge für physiologische Vergleichstests beschlossen. Mit der Erprobung wird Anfang 1985 begonnen. Ferner wurden insgesamt 8.085 Säuglingswäsche- und 5.072 Kleinkinderwäschepakete ausgegeben.

Für Wirtschaftswaren aller Art und Dienstleistungen wurde ein Betrag von 154.039.928 S ausgegeben. Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres bedeutet dies trotz einer Erhöhung der Mehrwertsteuersätze sowie einer Teuerungsrate von rund 5 Prozent einen Rückgang von etwa 10,5 Millionen Schilling oder 6,5 Prozent. Die Bestellungen wurden mit 8.608 Bestellscheinen vorgenommen, wobei im Zusammenhang mit der Vergabe insgesamt 1.017 Ausschreibungen durchzuführen waren.

	Schilling
Wasch- und Reinigungsmittel .....	13,342.596
Streusalz, künstliche Streumittel .....	1,822.468
Chemikalien und chemische Produkte .....	18,639.101
Eisen- und Haushaltsartikel .....	9,657.859
Geschirr aller Art, Küchengeräte .....	5,702.322
Glüh- und Leuchtstofflampen .....	11,229.300
Elektrowaren .....	2,251.300
Gummiwaren .....	1,689.300
Holzwaren .....	955.951
Bürsten, Besen, Pinsel, Reinigungstücher und Reinigungsmaterialien .....	8,067.183
Maschinen und Werkzeug .....	10,332.575
Wagen, Ankauf und Reparaturen .....	251.741
Spielwaren und Beschäftigungsmaterial .....	5,648.016
Feuerlöscher, Ankauf und Reparaturen, Überprüfungen .....	3,578.200
Reinigungsarbeiten sowie Schädlingsbekämpfung .....	47,716.669
Transporte, Autobusbestellungen .....	6,200.675
Kunststoffartikel .....	2,890.359
Schaumstoffe, Matratzen, Roßhaar .....	2,149.170
Diverse Waren .....	1,915.143

Wegen der Vielzahl der verschiedenen Artikel war eine einheitliche Preisentwicklung nicht zu erkennen. Die Preiserhöhungen bewegten sich im Durchschnitt zwischen 3 und 6 Prozent, und zwar im Transportgewerbe um 3 bis 4,2 Prozent, im Reinigungsgewerbe um 4,8, bei Porzellan um 3,5, bei Glaswaren um 6, bei Reinigungsmitteln um 4,5, bei Werkzeugen um 4 und bei Beleuchtungsmaterial um 4,5 Prozent. Die Ursache für den Rückgang des Gesamtumsatzes besteht darin, daß Auftaumittel auf Grund einer Änderung der Beschaffungskompetenz nunmehr von der MA 48 — Straßenreinigung und Fuhrpark selbst gekauft werden.

Die MA 30 — Entsorgungsbetriebe Simmering benötigen jährlich etwa 220 bis 240 Tonnen Flockungsmittel für die Entwässerung des Klärschlammes. Die Vergabe dieses Auftrages wurde öffentlich ausgeschrieben, wobei ein günstiger Preis als 1983 erzielt werden konnte. Die Kosten für die Anschaffung konnten dadurch um rund 700.000 S gesenkt werden. Der Gesamtauftragswert betrug etwa 12 Millionen Schilling.

Um die Reinigungsarbeiten in städtischen Objekten weiter rationalisieren zu können, wurden mehrere kleinere Reinigungsautomaten angeschafft, so unter anderem 11 für den Schul- und 9 für den Wohnhäuserbereich.

Auf dem Sektor Krankenhausreinigung, die von Fremdfirmen durchgeführt wird, wurde in Zusammenarbeit mit der MA 17 bzw. der Krankenanstalt Rudolfstiftung ein neues, detaillierteres Leistungsverzeichnis für Reinigungsarbeiten erstellt, das künftig als Grundlage für Ausschreibungen dienen soll. Darin wurden die einzelnen Leistungen möglichst genau beschrieben, ferner hat man von Zeitvorgaben für die Firmen Abstand genommen. Die anbietenden Firmen haben die Möglichkeit, auf Grund der Leistungsanforderungen die Angebote mit den entsprechenden Organisations- und Personalplänen sowie Kontrollvorschlägen vorzulegen. Mit diesen Maßnahmen sollen eine objektivere Leistungsfeststellung sowie die Vergabe und Kontrolle der Arbeiten erreicht werden. Ferner wurden in verstärktem Maße auch Aufträge an diverse sogenannte geschützte Institutionen vergeben, wobei ein Umsatzvolumen von rund 600.000 S erreicht wurde.

Die noch immer leicht angespannte wirtschaftliche Situation hat auch 1984 Firmen dazu veranlaßt, bei Ausschreibungen äußerst knapp zu kalkulieren, um Aufträge zu bekommen. Die dadurch erzielten günstigen Einkaufskonditionen kamen den einzelnen Dienststellen zugute.

Von dem im Jahre 1984 gekauften 988.200 kg Papier im Wert von 18.690.500 S entfallen auf holzfreies Schreib- und Zeichenpapier 322.300 kg, auf mittelfeines Schreib- und Zeichenpapier 266.400 kg, auf Kartone und Deckel 51.200 kg, auf Packpapier 40.000 kg und auf Toiletpapier 308.300 kg. Für die Herstellung von Schulheften

wurde ein Betrag von 2,792.700 S aufgewendet. Die Paritätische Kommission genehmigte eine Preiserhöhung für diverse Papiersorten ab 1. Oktober um 5,5 Prozent, für Hefte ab 1. Jänner um 2,5 Prozent.

Für diverse Bürobedarfsartikel, wie z.B. Kohle- und Indigopapier, Farbbänder, Bleistifte, Kugelschreiber, Filzstifte, Radiergummi, Briefordner, Papiersäcke und -taschen, Kuverte, Aktenumschläge, Heft- und Lochmaschinen, Datumsstampilgen, Stempel- und Vervielfältigungsfarben, Lineale, Schreibunterlagen, Papierscheren, Selbstklebebänder, Kleber usw., wurden 12,908.300 S aufgewendet. Der Preis für Bleistifte wurde ab 1. Jänner um 5 Prozent angehoben. Ferner wurden 125.374 Bücher, Broschüren, Lehrbehelfe, Setzkästen, Spiele, Notenhäfte, Arbeitsblätter, Spruchtafeln, Elektronikbaukästen, IBM-Literatur, Testmaterialien, Zeitschriften, Bundesgesetzblätter usw. zu einem Betrag von 8,860.270 S gekauft. Die Ausgaben für 15.825 Abonnements von Zeitungen, Zeitschriften, Bundesgesetzblättern, Verordnungsblättern, Jahrbüchern, Amtskalendern usw. betragen 4,190.396 S. Für die Fachzeitschrift „Der Aufbau“ (2.285 Stück) wurden 655.550 S aufgewendet. Die Paritätische Kommission genehmigte ab 1. April für Zeitschriften und Zeitungen eine 3prozentige und ab 15. Mai für Broschüren und Bücher eine 2,5prozentige Preisanhebung. Für Plastikwaren, wie Kunststoffsäcke für Spitalsmüll oder Wäsche, Kunststoffbecher, Einweggeschirr, Tragtaschen und Folien sowie Hygieneartikel, wurden 12,980.388 S ausgegeben.

Für den Ankauf von Büromaschinen, entsprechendes Zubehör sowie EDV-Zubehör wurde ein Betrag von 5,937.120 S aufgewendet. So wurden 47 mechanische Schreibmaschinen, 284 elektrische Schreibmaschinen, 335 Rechenmaschinen, 196 Diktiergeräte, 3 Schneidemaschinen, 24 Schriftpräger, 61 Vervielfältigungsmaschinen, 8 Thermokopiergeräte, 1 Paginegerät, weiters 4 Aktenvernichter, 1 Schablonenbrenngerät, 3 Heftautomaten, 1 Stanz- und Bindemaschine, 3 Spiritusumdrucker, 1 Papierschere, 1 Aktenpaternoster, 1 Magnetkartenleser sowie 2 Stempelmaschinen beschafft. Die Ausgaben für Reparaturen und Wartungen für die Büroschreibmaschinen, die im Magistrat verwendet werden, beliefen sich auf 5,391.166 S. Bei elektronischen Büroschreibmaschinen wurde das Entgelt für das Service um 5 Prozent erhöht. Die Preise für das Service der übrigen Schreibmaschinen stiegen ab 1. August um 8 Prozent. Das Kopiervolumen betrug rund 19 Millionen Kopien zu einem Gesamtbetrag von 5,736.795 S. Der Preis pro Kopie wurde mit 1. Juli 1982 auf Grund einer Ausschreibung neu festgelegt und beträgt rund 0,30 S.

Von der Abteilung wurden 3.004 Druckaufträge vergeben, davon 2.048 an gewerbliche Betriebe und 956 an die MA 20 — Druckerei und technische Dokumentation. Für die 2.048 Aufträge, die das Gewerbe erhielt, wurde ein Betrag von 35,033.178 S aufgewendet. Mit 1. April hatte die Paritätische Kommission eine 2,8prozentige Erhöhung für Druckerzeugnisse festgesetzt. Für Stampilgen, Siegel und Numeratoren wurden 1.384 Aufträge zu einem Gesamtbetrag von 731.783 S vergeben. Von den 879 Aufträgen an Buchbinderarbeiten wurden 290 an die MA 20 — Druckerei und technische Dokumentation und 589 gewerbliche Betriebe vergeben, wobei für die zuletzt genannten Aufträge ein Gesamtbetrag von 4,286.112 S ausgegeben wurde. Von den 4.044 Aufträgen für Vervielfältigungsarbeiten ist nur einer an einen gewerblichen Betrieb vergeben worden, und zwar zu einem Gesamtbetrag von 23.077 S.

Der Gesamtaufwand für Papier- und Bürobedarfsartikel, Bücher, Zeitschriften, Plastikwaren, Büromaschinen- und EDV-Zubehör, Druckaufträge, Vervielfältigungs- und Buchbinderarbeiten betrug 118,217.335 S.

Die Versorgung der städtischen Dienststellen mit festen und flüssigen Brennstoffen konnte sichergestellt werden. Bedingt durch das relativ kühle Frühjahr war gegenüber dem Vorjahr ein Mehrverbrauch von etwa 2,6 Prozent bei den festen und von rund 3,5 Prozent bei den flüssigen Brennstoffen zu verzeichnen. Die Fernwärmelieferung von den Heizbetrieben Wien-GesmbH. stieg um etwa 59,3 Prozent auf Grund der Umstellung einer Reihe von Amtsgebäuden auf diese Energieart. Lediglich die Entsorgungsbetriebe Simmering wiesen mit einem Gesamtverbrauch von 20.554 Tonnen Heizöl schwer und mit 196.105 Litern Ofenheizöl einen konstanten Verbrauch auf. Die Preise bei den festen Brennstoffen stiegen während des Jahres um rund 1,1 Prozent bei Steinkohle und um etwa 6,7 Prozent bei Koks wegen zahlreicher Großaufkäufe, die England getätigt hat. Bei den flüssigen Brennstoffen brachte der Höhenflug des Dollarkurses ebenfalls Preissteigerungen, und zwar bei Heizöl leicht um 6,5, bei Heizöl mittel um 5,9, bei Heizöl schwer um 13,2, bei Heizöl schwer schwefelarm um 12,2 und bei Heizöl extra leicht (Ofenheizöl) um 2,5 Prozent.

An Brennstoffmengen wurden 1,082.014 Liter Ofenheizöl, 64.136 Tonnen Heizöl schwer, mittel, leicht und schwer schwefelarm angeliefert, ferner 5.010 Tonnen Hüttenkoks, 265 Tonnen Rekord Briketts, 183 Tonnen Polnische Steinkohle, 41 Tonnen Inlandsbraunkohle, 7 Tonnen Schmiedekohle, 48 Tonnen Brennholz, 17 Tonnen Sägespäne und 20 Tonnen Unterzünder. Der Aufwand hierfür betrug 350,786.000 S. Für Fernwärmelieferungen der Heizbetriebe Wien-GesmbH. an diverse Dienststellen wurden rund 27,845.000 S bezahlt. Der Gesamtaufwand betrug somit zusammen 378,631.000 S.

Die Modernisierung, Ergänzung und Neueinrichtung der Räumlichkeiten einzelner Dienststellen sowie der Krankenanstalten und Pflegeheime mit Einrichtungsgegenständen wurde fortgesetzt. Im Rathaus war nach Umbauarbeiten die Neueinrichtung von Repräsentations-, Amts- und Büroräumen notwendig geworden. Die MA 21 — Flächenwidmungs- und Bebauungsplan übersiedelte in das Amtshaus in 1, Rathausstraße 14—16, wobei die MD-Baudirektion einen Teil der ehemaligen Räumlichkeiten übernahm. Ein Großteil der vorhandenen

Einrichtungen, überaltert und reparaturbedürftig, wurde ausgedient und erneuert. Nach Renovierungsarbeiten wurden auch die Räumlichkeiten in Bezirksvorstellungen sowie Informationslokale und Wohnungsberatungszentren mit entsprechendem Mobiliar ausgestattet, wobei die Beratung, wie die Räume optimal zu nutzen sind, unter Beachtung der wirtschaftlichen Aspekte oft das Hauptproblem war. Auch auf die Erneuerung des Mobiliars in den Kindertagesheimen wurde Bedacht genommen, außerdem waren die Kindertagesheime in 22, Hardeggasse 65, und in 22, Am Heidjöchl 14, neu einzurichten. Reparaturen fielen ebenfalls wieder an und wurden fast ausschließlich von der Tischlerei der Abteilung erledigt. In den diversen Jugendämtern und Mutterberatungsstellen wurden Teile des Inventars ausgetauscht und repariert. Besondere Schwierigkeiten machte die Ausstattung von Wohngruppen in Privathäusern sowie der Heime für Kinder und Jugendliche, da die verantwortlichen Psychologen immer mehr Wert auf familiengerechte Möbel in den Gruppenräumen legen. Für das Sozialamt waren einige Außenstellen und Wohngemeinschaften unter den genannten Gesichtspunkten einzurichten. Außerdem wurde das Inventar zahlreicher Pensionistenklubs überholt oder erneuert. Wohngemeinschaften, subventionierte Gruppen, Vereine und ähnliche Institutionen, die ihre Objekte mit finanzieller Hilfe der Stadt Wien einrichten, lassen sich auf Grund der Empfehlung des Kontrollamtes immer öfter beraten und müssen auch die Rechnung zur Prüfung der Angemessenheit des Preises vorlegen. Dieser Zeitaufwand wird aber von den Institutionen, die betreut werden, geschätzt, da sie die wirtschaftlichen Vorteile, die die Abteilung bei der Anschaffung hat, nützen und dadurch oft wesentliche Einsparungen erzielen können.

In Zusammenarbeit mit der MA 13 — Bildung und außerschulische Jugendbetreuung wurde die Einrichtung des Hauses der Begegnung Brigittenau abgeschlossen und der neue Zubau der Volkshochschule Hietzing ausgestattet. In den Außenstellen der städtischen Bücherei wurden Teile des Mobiliars erneuert bzw. überholt. In den Objekten des Gesundheitsamtes waren vor allem Reparaturarbeiten erforderlich, die von den Werkstätten der Abteilung erledigt wurden. Im Bereich der MA 17 — Anstaltenamt waren Verwaltungs- und Büroräume neu einzurichten bzw. die Ausstattung zu ergänzen. In den einzelnen Anstalten wurden zahlreiche Sitzmöbel ausgetauscht, Büroausstattungen erneuert und ergänzt. Im Allgemeinen Krankenhaus wurde die Inneneinrichtung eines Teiles der Räume im Schwesternwohnhaus renoviert. Die Belieferung des Wilhelminenspitals, des Pulmologischen Zentrums und des Psychiatrischen Krankenhauses Baumgarten sowie der Pflegeheime Lainz, Baumgarten und Liesing mit Schrankwänden zur Unterteilung von Pflegezimmern sowie mit Garderobeschränken für das Personal war ebenfalls durchzuführen.

In Zusammenarbeit mit der MA 24 — Städtischer Wohnhausbau mußten auf Grund des Postgesetzes Hausbriefkastenanlagen im Werte von rund 455.000 S angeschafft und montiert werden. Ferner wurden städtische Wohnhausanlagen mit verglasten Anschlagvitriinen für Mieternamen und amtliche Ankündigungen ausgestattet. Im Jahre 1984 wurden hierfür 597.800 S aufgewendet. Eine Reihe von technischen Abteilungen (MA 27, 29, 32, 34, 35, 36, 46) sowie die Baupolizei erhielten zusätzlich Personal sowie Räumlichkeiten, wurden neu organisiert bzw. gründeten neue Gruppen. Die Ergänzung und der Austausch der teilweise überalterten und reparaturbedürftigen Einrichtung konnten aus budgetären Gründen von der Abteilung nur schrittweise durchgeführt werden. Mit einem Abschluß dieser Arbeiten ist erst im Jahre 1985 zu rechnen.

Im Auftrag der MA 24 — Städtischer Wohnhausbau, 27 — Erhaltung städtischer Wohnhäuser, 42 — Stadtgartenamt und 52 — Verwaltung der städtischen Wohn- und Amtsgebäude wurden etwa 2.440 Gartenbänke gekauft und ausgeliefert. Für weitere 1.000 Parkbänke war das Material für die Reparaturarbeiten zu beschaffen. Weiters anzuführen ist die Anschaffung von 70 Bänken und 150 Tisch-Bank-Kombinationen in rustikaler Art für die Donauinsel sowie die von dampf- und wasserresistenten Sitzmöbeln für die Bezirks- und Hallenbäder. Veraltete Einrichtungen in den Dienststellen der MA 48 — Straßenreinigung und Fuhrpark wurden zum Teil ausgetauscht. Die Wiener Schulen wurden in Zusammenarbeit mit der MA 56 — Städtische Schulverwaltung mit dem notwendigen Mobiliar unter besonderer Bedachtnahme auf die Ö-Norm A 1650, die körpergerechte Schulmöbel empfiehlt, ausgestattet. Außerdem wurden Aufträge für Reparatur- und Restaurierungsarbeiten in der Höhe von 15.310.900 S vergeben. Ferner waren auch die notwendigen Lehr- und Lernmittel auszuschreiben und nach der Begutachtung durch die Fachinspektoren des Stadtschulrates anzuschaffen. Für die Arbeiterkammerwahl mußten die Wahllokale mit Wahlzellen und Wahlurnen ausgestattet werden. Auch der Austausch und die Nachschaffung beschädigter Wahlgeräte wurden veranlaßt. Die Preiserhöhungen hielten sich in dem Rahmen, der von der Paritätischen Kommission vorgegeben war: Holzmöbel stiegen um etwa 3, Metallmöbel um 2,2 Prozent.

Für Möbel und Einrichtungsgegenstände wurden, den Schulbedarf ausgenommen, 62.543.045 S ausgegeben. Dazu kommt der Aufwand für die in den Werkstätten der Abteilung reparierten Gegenstände in der Höhe von 6.806.380 S. Für die Neuanschaffung von Schulmöbeln, Lehr- und Lernmitteln wurden 24.975.100 S aufgewendet, für die Reparaturen von Schulmöbeln und Lehrmitteln 15.310.900 S. Ferner ist noch der Aufwand für die Ausstattung von Park- und Erholungsanlagen in der Höhe von 5.626.900 S zu nennen. Der Erlös aus dem Verkauf von Altmaterial, ausgeschiedenen Sachgütern und Effekten betrug 8.970.000 S.

Die Versorgung der städtischen Baustellen mit Baustoffen aller Art konnte klaglos und termingerecht durchgeführt werden. So wurden Baumaterialien mit einem Gesamtgewicht von 715.157 Tonnen beschafft, wofür

216,106.376 S erforderlich waren. Insgesamt wurden 847 Anträge gestellt und 12.858 Rechnungen erledigt. Die angeschafften Materialmengen setzen sich wie folgt zusammen:

	Tonnen	Schilling
Kalk, Sand, Stahl, Steinzeug, Beton und Eisenwaren . . . . .	39.534,98	67,983.452
Zement, Ziegel, Granitmaterial, Schotter, chemische Produkte, Holzwaren	675.622,17	148,122.924
Nach Bedarfsträgern gegliedert, entfielen unter anderem hievon auf:		
Nutzbauten . . . . .	301,77	2,437.641
Wohnhausbauten . . . . .	5.325,60	27,661.931
Kultur-, Schul- und Sportwesen . . . . .	687,50	6,733.089
Straßenbau . . . . .	144.385,68	39,830.046
Brückenbau . . . . .	39,10	223.709
Kanalisation . . . . .	100.392,81	26,551.500
Wasserwerke . . . . .	173.375,05	25,541.378
Stadtreinigung und Fuhrpark . . . . .	44.971,95	8,105.968
Wasserbau . . . . .	214.998,00	41,265.764
Sonstige Abteilungen . . . . .	20.739,71	20,195.129
Wiener Stadtwerke . . . . .	398,50	876.897
Sonstige Unternehmungen . . . . .	9.541,48	16,683.324

Preiserhöhungen, die durch die Paritätische Kommission genehmigt wurden, mußten den Firmen zugestanden werden.

Von den Be- und Entladearbeitern des Lagerplatzes wurden 3.566 Tonnen Natursteinmaterial umgeschlagen, Hauptabnehmer war die MA 28 — Straßenverwaltung und Straßenbau. Das gelieferte Material wurde hinsichtlich Qualität und Menge überprüft, sortiert, gelagert und inventarisiert. Der Ausschreibung nicht entsprechende Materialien wurden nicht übernommen, sondern wieder zurückgeschickt.

Im Möbellager und Werkstättenbetrieb konnten die geplanten Brandabschnitte errichtet werden. Ferner wurde das Dachgeschoß im Möbellager völlig instand gesetzt sowie zwei Räume im Werkstättenbetrieb adaptiert. Die Reorganisation des Zentrallagers wurde fortgesetzt, indem ein eigener Entsorgungsbereich für alle nicht mehr im Gemeindehaushalt verwendeten Gegenstände geschaffen wurde. Der Umfang dieser im Zentrallager zum freien Verkauf angebotenen Gegenstände wurde auf Schulmöbel und Büromaschinen erweitert. Im Bereich der Lagerhaltung für die Stadt Wien wurden für die Bereiche Büromöbel, Kindergarten- und Schulmöbel Reparaturdepots geschaffen, die eine rasche Versorgung mit gebrauchten Artikeln gewährleisten, da das Angebot gut sortiert ist. Für die Ver- und Entsorgung der städtischen Kindertagesheime konnte ein eigener Plan zur Koordinierung der Termine geschaffen werden. Im Werkstättenbetrieb wurden durch betriebsinterne Umstellungen zwei Räume frei und in der Folge neu adaptiert, so daß die Übersiedlung der hauseigenen Schlosserei im Jahre 1985 ermöglicht ist. Dadurch sind alle Teilbereiche des Werkstättenbetriebes in einem Objekt untergebracht. In der Tischlerei wurde ferner eine elektronische Kantenleimmaschine installiert. Im Bereich der Anstreicherwerkstätte und der neu instand gesetzten Schlosserei wurde die Elektroinstallation nach den modernsten Gesichtspunkten adaptiert. Für die Tischlerei wurde eine neue Sägespäneabsauganlage projektiert. Mit den Vorarbeiten konnte bereits begonnen werden. Die Inbetriebnahme ist für 1985 geplant.

Die städtische Bäckerei hat die Versorgung der städtischen Krankenanstalten, Pflege- und Jugendheime mit Brot und Gebäck durchzuführen. Im Jahre 1984 wurden insgesamt 1,412.980 kg Backwaren erzeugt, und zwar an Schwarz- und Weißbrot 866.557 kg, an Schwarz- und Weißgebäck 391.290 kg sowie an Milchgebäck 155.133 kg. Hiebei wurde ein Umsatz von 29,660.890 S erzielt. Durch die Mehlpriiserhöhung ab 1. August um etwa 2,5 bis 3,5 Prozent und die gleichzeitig wirksam gewordene Lohnerhöhung in der Backwarenindustrie um rund 4,5 Prozent mußten die Preise für Backwaren neu kalkuliert werden. Die neuen Preise sind mit 1. September in Kraft getreten.

Im Zuge eines Beitrages der Stadt Wien zur Verminderung der anwachsenden Jugendarbeitslosigkeit wurde in der städtischen Bäckerei mit 3. September ein Lehrling eingestellt. Für den neu eingestellten Jugendlichen wurden je eine Rühr- und Schlagmaschine und Mohn-Nußreibe sowie ein Krapfenfettbackapparat samt Krapfenfüller als Lehrbehelf angeschafft. Außerdem wurde ein Reserve-Kompressor zur pneumatischen Steuerung der Siloanlage gekauft. Die Lichtschranke im Expedit wurde erneuert, weiters wurden 100 Transportkisten angeschafft. Im Zuge der Brandschutzmaßnahmen mußten Brandschutztüren im Bereich der Siloräume installiert werden.

An Rohmaterialien wurden unter anderem 622.874 kg Mehl W 700, 172.117 kg Mehl R 960, 116.456 kg Mehl W 1600, 25.407 kg Hefe, 18.350 kg Speisesalz und 9.975 kg Back-Aroma-Sauer verbraucht.